

**FRIEDEN.  
VERNUNFT.  
GERECHTIGKEIT.**

**BSW**

Landesverband  
**Rheinland-Pfalz**



**Wahlprogramm  
zur Landtagswahl 2026**

[rp.bsw-vg.de](http://rp.bsw-vg.de)

Rheinland-Pfalz neu denken: Frieden. Vernunft. Gerechtigkeit.

<b>1. VORWORT .....</b>	<b>5</b>
<b>2. RHEINLAND-PFALZ IST UNSER MITTELPUNKT .....</b>	<b>8</b>
2.1. JAHRZEHNTE FALSCHER POLITIK .....	8
2.2. GERECHTIGKEIT STATT UNGELEICHHEIT .....	8
2.3. UNTERFINANZIERTE KOMMUNEN UND STEIGENDE SCHULDEN .....	9
2.4. LANDESREGIERUNG OHNE GESTALTUNGSWILLEN .....	9
<b>3. OHNE FRIEDEN IST ALLES NICHTS: BSW IST DIE EINZIGE STIMME DER VERNUNFT.....</b>	<b>10</b>
3.1. KEINE MITTELSTRECKENRAKETEN UND KEINE ATOMWAFFEN .....	10
3.2. BILDUNG UND FRIEDENSERZIEHUNG STATT KRIEGSWIRTSCHAFT UND WAFFENEXPORTE .....	10
<b>4. STARKE WIRTSCHAFT: MITTELSTAND, HANDWERK UND REGIONALE BETRIEBE STÄRKEN .....</b>	<b>11</b>
4.1. WIRTSCHAFT STÄRKEN, BÜROKRATIE ABBauen .....	12
4.2. FÜR EINEN STAAT, DER FUNKTIONIERT UND DIE WIRTSCHAFT FÖRDERT .....	12
4.3. BEZAHLBARE ENERGIEKOSTEN UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN.....	13
4.4. VERFALL DER INFRASTRUKTUR STOPPEN - DESASTER DER SPD-GEFÜHRten AMPELREGIERUNG BEENDEN.....	13
4.5. VERANTWORTUNGSVOLL FINANZIEREN .....	15
<b>5. ARMUT BEKÄMPFEN – SOZIALE SICHERHEIT SCHAFFEN .....</b>	<b>15</b>
5.1. POLITIKVERSAGEN BEENDEN .....	15
5.2. POLITIK FÜR DIE MEHRHEIT .....	16
5.3. WIRTSCHAFTLICHE TRANSFORMATION MIT SOZIALER ABSICHERUNG UND WEITERBILDUNG.....	17
5.4. SOZIALE POLITIK IST KERNANLIEGEN DES BSW .....	17
<b>6. DEMOKRATIE NEU DENKEN!.....</b>	<b>19</b>
6.1. MEINUNGSFREIHEIT UND ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK .....	19
6.2. MEHR DIREKTE DEMOKRATIE WAGEN: VOLKSENTSCHEIDE UND WAHLEN .....	21
<b>7. BILDUNG UND AUSBILDUNG: RHEINLAND-PFALZ DARF NICHT SCHLUSSLICHT BLEIBEN.....</b>	<b>22</b>
7.1. BERUFLICHE BILDUNG, HOCHSCHULE UND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT .....	25
7.2. FRIEDENSERZIEHUNG STATT KRIEGSTÜCHTIGKEIT .....	26
7.3. FREIWILLIGENDIENSTE STÄRKEN .....	26
7.4. GESTALTUNG UND FINANZIERUNG DES BILDUNGSSYSTEMS IST POLITISCHE PFlicht .....	27
<b>8. GESUNDHEITSVERSORGUNG – SCHNELL, ÜBERALL UND BEZAHLBAR .....</b>	<b>28</b>

8.1. MENSCHLICHE PFLEGE IST KEIN RENDITEMODELL .....	31
8.2. PFLEGEBERUFE AUFWERTEN, STRUKTUREN NEU DENKEN .....	32
8.3. PFLEGEKAMMER RHEINLAND-PFALZ: VIELLEICHT GUT GEMEINT, SCHLECHT GEMACHT.....	33
<b>9. ZUHAUSE MUSS WIEDER BEZAHLBAR WERDEN .....</b>	<b>34</b>
9.1. SOZIALEN WOHNUNGSBAU: FERTIGSTELLUNGEN VERDOPPELN .....	34
9.2. GENOSSENSCHAFTEN FÖRDERN, BAURECHT VEREINFACHEN.....	35
9.3. DEM KLIMAWANDEL ENTGEGENTREten, ABER SOZIALVERTRÄGLICH.....	35
9.4. WOHNEN ALS GRUNDRECHT: GEMEINNÜTZIGKEIT STÄRKEN, MIETEN DECKELN .....	36
<b>10. MOBILITÄT IST KEIN LUXUS.....</b>	<b>37</b>
10.1. ALLTAGSTAUGLICH STATT IDEOLOGISCH .....	37
10.2. ÖFFENTLICHER PERSONEN-NAHVERKEHR: KERN ZUKUNFTSFÄHIGER VERKEHRSPOLITIK.....	38
10.3. MEHR RADWEGE .....	39
10.4. NACHHALTIG – AUCH PLANUNG UND FINANZIERUNG .....	40
10.5. GUTE LÖHNE FÜR GUTE ARBEIT .....	40
10.6. 50 JAHRE ALTES VERSPRECHEN UMSETZEN: GÜTERVERKEHR AUF DIE SCHIENE .....	40
10.7. ZU FUß SICHER ANKOMMEN UND STÄDTE FÜR MENSCHEN GESTALTEN.....	41
10.8. BARRIEREFREIE MOBILITÄT .....	41
<b>11. INNERE SICHERHEIT UND RECHTSSTAAT STÄRKEN, CORONA KONSEQUENT AUFARBEITEN .....</b>	<b>42</b>
11.1. CORONA-POLITIK KONSEQUENT AUFARBEITEN.....	43
11.2. EIN STARKER STAAT FÜR SICHERHEIT UND RECHT .....	44
11.3. RECHTSSTAAT VERSUS ÜBERWACHUNGSSTAAT.....	45
11.4. MEHR PERSONAL UND BESSERE AUSSTATTUNG FÜR DIE JUSTIZ .....	46
11.5. KATASTROPHENVORSORGE UND NOTFALLVERSORGUNG ALS STAATSAUFGABE.....	47
<b>12. KULTURBETRIEB DAUERHAFT ABSICHERN, SPORT FÖRDERN .....</b>	<b>48</b>
12.1. LEUCHTTÜRME UND LOKALE KULTURPROJEKTE NACHHALTIG ABSICHERN.....	48
12.2. BREITEN- UND LEISTUNGSSPORT FÖRDERN .....	49
<b>13. FÜR EINE REALISTISCHE UND GERECHTE ZUWANDERUNGSPOLITIK.....</b>	<b>49</b>
13.1. GESELLSCHAFTLICHE AKZEPTANZ IST VORAUSSETZUNG .....	50
13.2. STEUERUNG UND BEGRENZUNG DER MIGRATION .....	51
13.3. HANDLUNGSFÄHIGE BEHÖRDEN .....	51
13.4. INTEGRATION AB DEM ERSTEN TAG.....	52
13.5. GESELLSCHAFTLICHE STABILITÄT UND GEWALTPRÄVENTION.....	52
13.6. URSAECHEN VON MIGRATION BEKÄMPFEN.....	53
<b>14. WEINBAU, LANDWIRTSCHAFT, TOURISMUS – IDENTITÄT UND WIRTSCHAFTSFATOR .....</b>	<b>53</b>
14.1. FAMILIENBETRIEBE UNTERSTÜTZEN UND FÖRDERN .....	54
14.2. HOCHWERTIGE NUTZFLÄCHEN SCHÜTZEN UND ERHALTEN .....	55
14.3. WEINBAU ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN .....	55
14.4. GLEICHWERTIGES LEBEN IN STADT UND LAND .....	56
14.5. TOURISMUS IM EINKLANG MIT ANDEREN INTERESSEN.....	56
<b>15. KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ IDEOLOGIEFREI, ENERGIE AUS BÜRGERHAND.....</b>	<b>57</b>
15.1. STRATEGIEN FÜR WIRTSCHAFTLICH SINNVOLLE, KLIMANEUTRALE ENERGIEVERSORGUNG.....	58
15.2. SOZIAL GERECHTER UMBAU DER ENERGIEVERSORGUNG IST EIN MUSS .....	59
15.3. KRIEG UND MILITÄR SIND KLIMA-KILLER NUMMER EINS.....	60
15.4. ENERGIEWENDE: REGIONAL UND VERNÜNFIG .....	60
15.5. ZERSIEDLUNG STOPPEN - NATUR UND ARTEN SCHÜTZEN DURCH NACHHALTIGE FORSTWIRTSCHAFT.....	61
15.6. REPARIEREN STATT WEGWERFEN UND VERBRAUCHERSCHUTZ STÄRKEN .....	62



## 1. Vorwort



Sehr geehrte Bürgerin, sehr geehrter Bürger,  
am 22. März geht es um eine Richtungsentscheidung  
in Ihrem Bundesland!

Rheinland-Pfalz braucht endlich eine verlässliche  
Opposition für Frieden, Vernunft und Gerechtigkeit.  
Ich verspreche Ihnen: Mit einer BSW-Fraktion im  
Mainzer Landtag gibt es kein Weiter so bürgerferner  
Politik, sondern mit uns geht es wieder um Ihre ganz  
konkreten Probleme und Hoffnungen.

Je stärker das BSW am 22. März wird, desto mehr  
können wir für Sie erreichen. Je stärker das BSW in  
den Landtag einzieht, desto lauter ist die Stimme für  
Frieden und Gerechtigkeit in der Politik. Eine neue

BSW-Fraktion in Rheinland-Pfalz wäre auch ein  
deutliches Signal nach Berlin, wo die Politik der  
schwarz-roten Bundesregierung jetzt schon so  
unbeliebt ist wie die desolate Ampel nach drei  
Jahren.

Friedrich Merz ist wahrscheinlich der schlechteste  
Bundeskanzler in der Geschichte der  
Bundesrepublik. Merz startete mit einem großen  
Wahlbetrug, einem gigantischen  
schuldenfinanzierten Aufrüstungsprogramm.  
Seitdem hat der Kanzler nahezu jedes seiner  
Wahlversprechen gebrochen. Die Wirtschaft ist  
angesichts hoher Energiepreise und Bürokratie-  
Gängelei weiter auf Talfahrt. Die Industrie leidet

unter der Wirtschaftspolitik aus Berlin, der Pleitegeier kreist über vielen Unternehmen auch in Rheinland-Pfalz und der Zustand unserer Infrastruktur ist eine Schande. Der Industriestandort und hunderttausende Arbeitsplätze sind in Gefahr. Kaufkraft und Wohlstand wurden bereits durch die hohe Inflation vernichtet. Menschen mit geringen Einkommen oder schmalen Renten kommen kaum noch über die Runden. Um das Wettrüsten finanzieren zu können, drohen rabiate Kürzungen bei sozialer Sicherheit, Gesundheit und Pflege.

Die Landesregierung in Rheinland-Pfalz bietet dem Berliner Irrsinn leider kein Paroli, sondern trägt die wichtigsten Entscheidungen im Bundesrat sogar noch mit. Dass der Rüstungsetat von 52 auf 153 Milliarden Euro steigen wird, ist nur durch die Billigung Alexander Schweitzers und anderer Länderchefs möglich. Während auch die Linke im Bundesrat zustimmte, hat das BSW die Kriegskredite abgelehnt.

Deutschland erlebt die größte Aufrüstung seit 1945. Statt unser Land mit Wehrpflicht und einer Militarisierung bis in die Schulen hinein „kriegstüchtig“ zu machen, braucht es eine Rückbesinnung auf die friedliche Beilegung von Konflikten und Abrüstung. Gegen eine Politik, die die Zukunft unseres Landes gefährdet und die direkte Kriegsgefahr für Deutschland erhöht, hat sich das BSW gegründet. Das sind die Prinzipien, die unser Handeln leiten:

In der Wirtschafts- und Energiepolitik muss wieder Vernunft Einzug halten, statt den Bürgern E-Autos und Wärmepumpen aufzuzwingen, die sich die meisten schlicht nicht leisten können. Löhne und

Renten sind in Deutschland für zu viele zu niedrig, Steuern und Abgaben sind dagegen für Normalverdiener und Durchschnittsrentner zu hoch! Statt Freiheit und die Meinung des anderen zu achten, breitet sich ein autoritärer Politikstil aus, der den Bürgern vorschreiben will, wie sie zu leben und zu sprechen haben. Auf der anderen Seite lernen immer weniger Kinder in unseren Schulen auch nur richtig lesen, rechnen und schreiben. All das gefährdet Gemeinsinn und Zusammenhalt und damit die Zukunft unseres Landes. Wirtschaftliche Vernunft, eine gerechte Leistungsgesellschaft, eine friedliche Außenpolitik, echte Meinungsfreiheit und ein Stopp der unkontrollierten Migration sind wichtige Schwerpunkte unserer Partei.

In Rheinland-Pfalz leiten fünf zentrale Forderungen unser Handeln:

1. Ihre Stimme für das BSW in Rheinland-Pfalz ist eine Stimme gegen ein Weiter so der alten Parteien. Wir werden uns kompromisslos für Frieden einsetzen. Dafür, dass die wahnwitzige Aufrüstung gestoppt wird, der Krieg in der Ukraine endet und die Gefahr eines dritten Weltkriegs gebannt wird. Wir lehnen die Wehrpflicht ab!

2. Ihre Stimme für das BSW in Rheinland-Pfalz ist eine Stimme dafür, dass künftig die Interessen von Familien, Arbeitnehmern, Unternehmen und Rentnern im Mittelpunkt der Politik stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Industrie geschützt wird. Das Verbrenner-Verbot ist Gift! Die Wirtschaft braucht preiswerte Energie und muss von unsinniger Bürokratie befreit werden. Kein Arbeitnehmer soll weniger als 15 Euro in der Stunde verdienen und kein Rentner mit einer Rente bis

2000 Euro Steuern bezahlen müssen. Dafür braucht es Bundesratsinitiativen der nächsten Landesregierung!

3. Ihre Stimme für das BSW in Rheinland-Pfalz ist eine Stimme für exzellente Schulen, in denen jedes Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die besten Bildungschancen erhält. Wir setzen uns dafür ein, dass der Lehrermangel beendet wird und in den Grundschulen wieder das Erlernen der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen im Vordergrund steht. Handys und Tablets haben in den Händen von Kindern in der Grundschule nichts verloren.

4. Ihre Stimme für das BSW in Rheinland-Pfalz ist eine Stimme gegen die unkontrollierte Migration, die Kommunen und Bürger weiterhin überfordert. Mit uns gibt es Kontrolle und Begrenzung ohne Diskriminierung und Rassismus. Der zunehmenden Kriminalität begegnen wir mit einer bürgernahen Polizei und einer effektiven und schnellen Justiz. Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss das Land verlassen.

5. Ihre Stimme für das BSW in Rheinland-Pfalz ist eine Stimme für Meinungsfreiheit und gegen Cancel Culture, eine Stimme für die konsequente Aufarbeitung der Corona-Zeit durch einen Corona-Untersuchungsausschuss im Mainzer Landtag, der Verantwortliche vorlädt. Das BSW hat bereits in mehreren Landtagen Untersuchungsausschüsse eingesetzt. Auch Rheinland-Pfalz braucht eine Corona-Untersuchung! Monatelange Kita- und Schulschließungen, der unsägliche Umgang mit Altenheimen und die Ausgrenzung Andersdenkender sind aufzuarbeiten. Wer wegen

Nichtbefolgung abstruser Regeln mit Geldbußen belegt wurde oder an den Folgen der Impfung leidet, muss entschädigt werden.

Das sind unsere Ziele. Wir werben um Ihr Vertrauen.

Ihre

Sahra Wagenknecht



1    **2. Rheinland-Pfalz ist unser Mittelpunkt**

2    Unser Bundesland zeigt deutlich, was in Deutschland schiefläuft: Eine vernachlässigte  
3    Infrastruktur, abhängige Regionen, überforderte und überschuldete Kommunen, marode  
4    Schulen, geschlossene Krankenhäuser und eine Bevölkerung, die sich immer häufiger fragt, ob  
5    ihre Lebensleistung noch zählt. Unser Land befindet sich in einer tiefen Krise. Die Bürgerinnen  
6    und Bürger erleben im Alltag, dass es bergab geht: Die Preise steigen, die Löhne halten nicht  
7    Schritt. Ärzte, Pflegekräfte, Erzieher und Lehrer fehlen. Rheinland-Pfalz droht die  
8    Deindustrialisierung: Zuletzt wurden alleine in der Südpfalz mehr als 1.000  
9    Industriearbeitsplätze abgebaut, Daimler kündigt den Abbau von weiteren 5.000 Stellen an und  
10   der Chemieriese BASF verlagert immer mehr Stellen ins Ausland. Wir wollen ein Rheinland-  
11   Pfalz, das zusammenhält – ein Land, in dem Leistung anerkannt, Solidarität gelebt und  
12   Demokratie gestärkt wird. Wir wollen, dass sich Familien wieder ein sicheres Zuhause leisten  
13   können, dass Kinder gute Bildungschancen haben und dass die Kommunen die Aufgaben  
14   erfüllen können, die unser Gemeinwesen tragen. Das BSW steht für eine Politik mit Herz,  
15   Verstand und Rückgrat.

16   **2.1. Jahrzehnte falscher Politik**

17   Jahrzehntelange Fehlentscheidungen, ideologische Träumereien und neoliberal Sparpolitik  
18   einer SPD-geführten Landesregierung sind mitverantwortlich für den beschriebenen Zustand.  
19   Unser Land, das einst industrielle, handwerkliche und landwirtschaftliche Stärke, kulturelle  
20   Vielfalt und Bildungsbegeisterung ausstrahlte, wurde über Jahrzehnte nur schlecht verwaltet –  
21   nicht aber vernünftig gestaltet. Statt in Infrastruktur und Zukunftstechnologie zu investieren,  
22   wurden Ideologieprojekte gefördert. Die Ampel-Koalition, jetzt unter Ministerpräsident  
23   Alexander Schweitzer, schafft es nicht, die zentralen Herausforderungen in Rheinland-Pfalz zu  
24   bewältigen – weder im Gesundheitswesen noch bei der Bildungsinfrastruktur oder der  
25   wirtschaftlichen Entwicklung.

26   **2.2. Gerechtigkeit statt Ungleichheit**

27   Gerechtigkeit ist der Kern einer funktionierenden Gesellschaft. Doch die Schere zwischen Arm  
28   und Reich geht weiter auseinander. Wer mit seiner Arbeit das Land am Laufen hält, zahlt oft

29 die höchsten Steuern im Verhältnis zu seinem Einkommen, während große Vermögen kaum  
30 etwas beitragen. Das ist weder gerecht noch ökonomisch sinnvoll. Rheinland-Pfalz soll sich  
31 daher im Bundesrat für die Wiedereinführung einer Vermögensteuer und für eine gerechte  
32 Einkommensteuerreform einsetzen.

### 33 **2.3. Unterfinanzierte Kommunen und steigende Schulden**

34 Die Landesregierung verstößt seit vielen Jahren gegen die Landesverfassung, weil sie die  
35 Kommunen im Land skandalös unterfinanziert. Dafür ist sie bereits zweimal vom  
36 Verfassungsgerichtshof verurteilt worden. Die Ampel lässt sich für den Ausbau der Kitas feiern  
37 – und lädt die Kosten dafür bei den Kommunen ab. Die in der Verfassung festgelegte  
38 „kommunale Selbstverwaltung“ ist zur hohlen Phrase verkommen – mit wenigen Ausnahmen  
39 beschließen rheinland-pfälzische Stadträte und Kreistage nur noch Haushalte mit  
40 Pflichtaufgaben – und alleine hierfür müssen sie Kredite aufnehmen. Bund und Land  
41 übertragen immer neue Aufgaben an die Kommunen, ohne für eine ausreichende Finanzierung  
42 zu sorgen. Wir fordern eine verfassungskonforme und auskömmliche Kommunalfinanzierung  
43 in Rheinland-Pfalz.

44 Für überschuldete Kommunen fordert das BSW eine wirksame Entschuldung, die diesen  
45 Namen auch verdient. Eine wirksame Entschuldung bedeutet: Komplette Übernahme der  
46 Altschulden durch Bund und Land zum Stichtag und Finanzierungsgarantie für übertragene  
47 Aufgaben, insbesondere im Sozialhaushalt. Eine gute Finanzausstattung der Gemeinden ist  
48 Voraussetzung für funktionierende öffentliche Einrichtungen. Wir wollen Schwimmbäder  
49 retten, Schulen sanieren und den Ausbau von Ganztagschulen und Kitas beschleunigen. Ganz  
50 nebenbei entstünden durch ein umfassendes kommunales Bau- und Sanierungsprogramm  
51 tausende Arbeitsplätze. Eine starke Kommune ist die Basis für ein starkes Land.

### 52 **2.4. Landesregierung ohne Gestaltungswillen**

53 Rheinland-Pfalz braucht keine neuen Strukturpapiere, sondern konkrete politische Umkehr:  
54 Die ländlichen Räume müssen wieder lebendige Lebensräume werden – mit medizinischer  
55 Versorgung, Nahverkehr, digitaler Anbindung und sicheren Arbeitsplätzen. Rheinland-Pfalz  
56 steht an einem Wendepunkt. Immer mehr Menschen spüren, dass Politik heute zu oft an ihren  
57 alltäglichen Sorgen vorbei entscheidet und keine belastbaren Konzepte hat. Während viele

58 Familien unter steigenden Preisen leiden und Gemeinden um ihre Schwimmbäder, Schulen  
59 und Kitas kämpfen, profitieren Besitzer großer Vermögen und Konzerne von  
60 Steuerschlupflöchern und Sonderregeln. Das BSW will das ändern.

### 61 **3. Ohne Frieden ist alles nichts: BSW ist die einzige Stimme der Vernunft**

62 Die Welt befindet sich in einer Phase gefährlicher Konfrontationen – und Deutschland rutscht  
63 immer tiefer hinein. Ungeachtet seines Wahlversprechens, keine neuen Schulden aufzubauen,  
64 startete die Bundesregierung von Kanzler Merz mit einem gigantischen und historisch  
65 beispiellosen schuldenfinanzierten Aufrüstungsprogramm in ihre Amtszeit.

#### 66 **3.1. Keine Mittelstreckenraketen und keine Atomwaffen**

67 Mit der Airbase Ramstein und den Fliegerhorsten in Büchel und Spangdahlem gehört  
68 Rheinland-Pfalz zu den ersten militärischen Zielen bei einem Krieg mit Russland. Unsere  
69 Landesregierung muss sich eindeutig gegen den Kurs eines unverantwortlichen Rüstungswahns  
70 und gegen die zunehmende Konfrontation zwischen der Nato und Russland aussprechen. Dazu  
71 gehört zuallererst die Ablehnung der geplanten Stationierung von weitreichenden  
72 Mittelstreckenraketen in Deutschland und in Rheinland-Pfalz. Wir lehnen die Airbase  
73 Ramstein als Satelliten-Relaisstation für die völkerrechtswidrigen Drohnenkriege der USA  
74 strikt ab und wollen, dass diese beendet werden. Statt der sogenannten “atomaren  
75 Teilhabe“ wollen wir, dass der schon 2005 gefasste Beschluss des Landtags, alle Atomwaffen aus  
76 Rheinland-Pfalz abzuziehen, endlich umgesetzt wird. Außerdem werden wir uns dafür  
77 einsetzen, dass die Bundesrepublik den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet. Wir fordern  
78 die Ausarbeitung realistischer Konzepte für die zivile Nutzung aller Militärstützpunkte in  
79 unserem Land. Dafür braucht es ein starkes BSW im Landtag Rheinland-Pfalz, gestützt von  
80 Stimmen aus der Bevölkerung und der Friedensbewegung.

#### 81 **3.2. Bildung und Friedenserziehung statt Kriegswirtschaft und Waffenexporte**

82 Wir wollen eine Bundeswehr, die unser Land verteidigen kann und dazu angemessen  
83 ausgerüstet ist – aber im Schulunterricht hat Werbung für die Bundeswehr nichts verloren  
84 (Beutelsbacher Konsens).

85 Wir stärken die Friedenserziehung und damit verbunden wollen wir Konzepte des zivilen  
86 Widerstands und der Widerstandskraft gegen alle aktuellen Bedrohungen entwickeln. Die von  
87 der Bundesregierung für das Fünf-Prozent-Ziel der NATO jährlich verplanten dreistelligen  
88 Milliardenbeträgen wollen wir für Bildung, unser Gesundheitswesen, die Pflege, für  
89 auskömmliche Renten, günstige Energiepreise für Wirtschaft und Verbraucher sowie  
90 Steuererleichterungen für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen nutzen.  
91 Dreistellige Milliardenbeträge für Rüstung - jährlich weit mehr als 200 Milliarden Euro -  
92 werden finanziert durch Kürzungen bei Bildung, Pflege, Gesundheit und öffentlicher  
93 Infrastruktur, auch in Rheinland-Pfalz. Das ist keine Sicherheitspolitik – das ist ein  
94 Generalangriff auf den Sozialstaat. Während der Westen militärisch zehnmal so viel ausgibt wie  
95 Russland, wird der deutsche Steuerzahler in ein Wettrüsten gezwungen, das nicht den  
96 Menschen dient, sondern den Profiteuren der Rüstungsindustrie.  
97 Als einzige Partei im Bundestagswahlkampf haben wir uns konsequent gegen Aufrüstung und  
98 Kriegspolitik gestellt. Wir wenden uns weiterhin entschieden gegen eine Rückkehr in Zeiten  
99 des kalten Krieges mit seinen Feindbildern, Lügen- und Hetzkampagnen. Stattdessen fordern  
100 wir internationale Friedensinitiativen für die Ukraine, Gaza, Israel-Iran und alle weiteren  
101 Krisengebiete. Nein zur Wehrpflicht! Stopp von Waffenexporten und Finanzhilfen in Kriegs-  
102 und Krisengebiete! Wir wollen das Prinzip des Völkerrechts wieder herstellen, humanitäre  
103 Hilfen ausbauen und verstärken und fordern einen internationalen Aufbaufonds für die  
104 Ukraine, Gaza und andere Kriegsgebiete.

#### 105 **4. Starke Wirtschaft: Mittelstand, Handwerk und regionale Betriebe stärken**

106 Unsere Wirtschaft braucht keine ideologischen Experimente, sondern Planungssicherheit,  
107 weniger Bürokratie, günstige Energie und eine funktionierende Infrastruktur.  
108 Wir fordern eine Rückkehr zu wirtschaftlicher Vernunft: Die Wiederinbetriebnahme der  
109 Nord-Stream-Pipelines gehört auf die Tagesordnung. Deutschland braucht günstige Energie, um  
110 Arbeitsplätze zu sichern, die Wirtschaft zu stabilisieren und die Deindustrialisierung zu  
111 stoppen.  
112 Der Mittelstand, das Handwerk, kleine Betriebe und Selbstständige sind das Rückgrat unserer  
113 Wirtschaft in RLP. Wir wollen gut ausgebildete Schulabgänger und lebenslanges Lernen,

114 öffentliche Aufträge sollen vorrangig an regionale Anbieter gehen, die tariftreu zahlen.  
115 Landesförderungen sollen ebenso vorrangig an kleine und mittlere Unternehmen und Betriebe  
116 gehen. Es kann nicht sein, dass öffentliche Fördermittel - zum Beispiel für den Aufbau einer  
117 Wasserstoffproduktion in Rheinland-Pfalz - überwiegend von der BASF abgegriffen werden  
118 und viele kleinere und mittlere Akteure leer ausgehen. Wir wollen die Lücken im  
119 Mobilfunknetz schließen und für landesweit schnelle Glasfaseranschlüsse sorgen.

#### 120 **4.1. Wirtschaft stärken, Bürokratie abbauen**

121 Regionale Wertschöpfungsketten müssen gestärkt werden, um Abhängigkeiten von globalen  
122 Märkten zu verringern. Öffentliche Investitionen sollen gezielt eingesetzt werden, um  
123 Infrastruktur zu modernisieren und den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu fördern.  
124 Kleine und mittlere Unternehmen brauchen weniger bürokratische Hürden bei  
125 Förderprogrammen und eine Verwaltung, die als Partner agiert und nicht als Gegner  
126 wahrgenommen wird. Gleichzeitig fordern wir, dass große Digitalkonzerne endlich  
127 angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

#### 128 **4.2. Für einen Staat, der funktioniert und die Wirtschaft fördert**

129 Wir wollen mehr Staat dort, wo er gebraucht wird – etwa in Bildung, Infrastruktur und  
130 öffentlicher Sicherheit – und weniger Staat dort, wo er bremst, etwa durch überbordende  
131 Bürokratie. Der Staat muss wieder Dienstleister seiner Bürgerinnen und Bürger sein, nicht  
132 Kontrollinstanz. Wir setzen auf eine deutlich schlankere und bürgerfreundlichere Verwaltung.  
133 Gezielte Entbürokratisierung muss ins Zentrum politischen Handels mit weniger Informations-  
134 /Dokumentationspflichten, schnelleren Genehmigungsverfahren und einem einfachen  
135 Verwaltungsvollzug. Wir brauchen eine Verwaltung, die sich als Servicestation für Bürger  
136 verstehen muss. Dazu gehören insbesondere eine deutlich einfachere Steuergesetzgebung und  
137 ein massiver Ausbau digitaler Antrags- und Bearbeitungsprozesse. Wir fordern eine einfache,  
138 verständliche Sprache in Formularen und klare Ansprechpartnerinnen und -partner für unsere  
139 Betriebe. Firmenübernahmen müssen besser überwacht werden, unsere Kartellbehörden sind  
140 mit höheren Befugnissen auszustatten, insbesondere Monopolstellungen müssen unterbunden  
141 werden. Auch das Patentrecht gilt es zu vereinfachen, mit für Erfinder besseren  
142 „Schutzrechten“.

143 Wir wollen den Bundesrat nutzen, um die Gesetzgebung auf Bundes- und EU-Ebene  
144 mittelstandsfreundlicher auszugestalten. Einfach handhabbare und flexible Regelwerke und  
145 Förderprogramme speziell für Selbstständige, den Mittelstand und unser Handwerk sind  
146 notwendig. Insbesondere eine generelle Vereinfachung, Harmonisierung und Evaluierung von  
147 EU-Regularien muss die Stoßrichtung von Landespolitik werden. Grenzkontrollen dürfen den  
148 Pendler- und Warenfluss nicht behindern. Wir brauchen eine gezielte Einbindung der  
149 Wirtschaft in die Gesetzgebungsprozesse, Anwendung von Schwellenwerten bei Berichts- und  
150 sonstigen Pflichten, Förderung von Best Practices, Vereinfachung von  
151 Unternehmensgründungen sowie Förderung von Technologiezentren. Ein transparentes,  
152 leistungsgerechtes Beschaffungswesen mit klaren Kriterien kann genutzt werden, um lokale  
153 Unternehmen und kleine Betriebe zu stärken.

154 **4.3. Bezahlbare Energiekosten und nachhaltiges Wirtschaften**

155 Bezahlbare Energiepreise müssen in den Mittelpunkt politischen Handelns gestellt werden.  
156 Generell kostenfreie Energie- und Ressourcenberatung speziell für kleine und mittlere  
157 Unternehmen und Maßnahmen zur Förderung von Energieeffizienz mit Blick auf  
158 Kostenreduktion und Nachhaltigkeit können Unternehmen spürbar entlasten. Industrie und  
159 Wirtschaft benötigen im Energiebereich eine hohe Sicherheit und kalkulierbare Energiepreise  
160 ohne größere Schwankungen. Zentrale Hemmnisse auf Bundesebene für günstige Energiepreise  
161 sowohl für Wirtschaft wie im privaten Bereich sind abzubauen. Alle Maßnahmen, die den  
162 Einsatz regionaler und erneuerbarer Energieerzeugung und ihren Verbrauch vor Ort stärken  
163 und damit regionale Wertschöpfung sicherstellen sind von Seiten der Politik zu stärken und zu  
164 fördern.

165 **4.4. Verfall der Infrastruktur stoppen - Desaster der SPD-geführten Ampelregierung beenden**

166 Der Landesrechnungshof hat es dieser Landesregierung ins Stammbuch geschrieben: ob bei  
167 Straßen, Brücken oder bei Bus und Bahn - wir haben eine dramatische Verschlechterung bei  
168 der rheinland-pfälzischen Infrastruktur zu beklagen. Es ist ein unglaublicher Sachverhalt: 38%  
169 der Landesstraßen sind in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand. Seit Jahrzehnten wird  
170 zu wenig investiert. Wir müssen den Investitionsstau gezielt und zügig beheben. Dafür braucht  
171 es eine Sonderprogramm Infrastruktur, welches für mindestens ein Jahrzehnt verbindlich

172 Milliardenbeträge in die Hand nimmt, um die Bestandserhaltung sicherzustellen und zentrale  
173 Infrastrukturprojekte endlich realisiert (z.B. der Moselaufstieg bei Trier oder die Umsetzung  
174 einer Schienengüterverkehrstrasse zur Entlastung des Mittelrheintals). Das derzeit vom Bund  
175 bereitgestellte Sondervermögen ist nur der Tropfen auf einen heißen Stein und völlig  
176 unzureichend. Hinzu kommen die Baustellen einer flächendeckenden Digitalisierung,  
177 zuverlässige Stromnetze sowie ausreichender und bezahlbarer Wohnraum. Das  
178 Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität der Bundesregierung sieht für diese  
179 Mammutprojekte in den kommenden 12 Jahren gerade einmal 4,8 Milliarden Euro für  
180 Rheinland-Pfalz vor. Der tatsächliche Investitionsbedarf allerdings liegt wesentlich höher: 83,6  
181 Milliarden Euro bräuchte das Bundesland in den kommenden zehn Jahren. Das ist das Ergebnis  
182 der Studie „Zukunftsinvestitionen sind wichtig“, die der DGB Rheinland-Pfalz / Saarland Ende  
183 2025 vorgestellt hat. Diese ungeheuerliche Diskrepanz zwischen den politischen Aussagen und  
184 Planungen einerseits und der Realität andererseits haben in Rheinland-Pfalz leider Tradition.  
185 Beschleunigte Genehmigungsverfahren bei neuen Infrastrukturprojekten müssen endlich  
186 Standard sein. Und auch zukünftig wird es ohne Fachkräfte und angemessen bezahlte  
187 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gehen. Zentral für die Zukunft unsere Wirtschaft  
188 sind deshalb auch attraktive Arbeitsbedingungen, lebenslange Weiterbildung und zielgerichtete  
189 Qualifizierungsprogramme (u.a. Förderung von Meisterausbildungen). Wir brauchen Anreize  
190 für regionale Bildungspartnerschaften, für die duale Ausbildung, für Hochschulkooperationen  
191 und viel mehr Berufsorientierung in Schulen. Landespolitik muss eine vereinfachte  
192 Anerkennung ausländischer Qualifikationen sicherstellen sowie gezielte  
193 Integrationsprogramme fördern, um Arbeitskräfte schnell und effizient zu integrieren.  
194 Arbeitsmigration muss klar von der Flüchtlingspolitik getrennt werden. Für ausländische  
195 Fachkräfte wollen wir die Attraktivität unseres Landes stärken – durch schnellere  
196 Arbeitsmarktzugänge bei Beibehaltung strikter Qualifikationskriterien. Allerdings lehnen wir  
197 Anwerbeprogramme für hochqualifizierte Fachkräfte aus dem globalen Süden ab, wenn diese  
198 Länder selbst unter Fachkräftemangel leiden und dadurch ihre eigene Entwicklung gefährdet  
199 wird. Dies ist nicht nur ethisch geboten, sondern auch wirtschaftlich nachhaltig.

200 **4.5. Verantwortungsvoll finanzieren**

201 Alle unsere Vorschläge und politischen Forderungen sind solide finanzierbar. Einnahmen aus  
202 einer gerechten Vermögensteuer, einer reformierten Grundsteuer und einer faireren  
203 Unternehmensbesteuerung fließen direkt in öffentliche Investitionen: in Schulen, Kitas, den  
204 öffentlichen Nahverkehr und die kommunale Daseinsvorsorge. Wir stehen für eine  
205 Finanzpolitik, die Wohlstand gerecht verteilt – vom Überfluss hin zur Mitte der Gesellschaft.  
206 Denn echter Wohlstand entsteht durch Arbeit, nicht durch Spekulation.

207

208 **5. Armut bekämpfen – soziale Sicherheit schaffen**

209 Wir wollen den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts stoppen und die Politik wieder  
210 am Gemeinwohl ausrichten. Unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft mit echter  
211 Chancengleichheit und einem hohen Grad an sozialer Sicherheit. Eine hochproduktive  
212 Wirtschaft braucht qualifizierte und motivierte Beschäftigte. Die Voraussetzung dafür sind  
213 leistungsgerechte Löhne, sichere Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen. Ungenügend  
214 bezahlte Arbeit führt zu geringen Renten, daher setzen wir uns über eine Bundesratsinitiative  
215 für einen Mindestlohn von 15 Euro ab dem 1. Juli 2026 ein. Das gilt auch für Beschäftigte in  
216 den Serviceberufen, die ebenso wichtig für unsere Gesellschaft sind wie gute Ingenieure und  
217 Mechatroniker. Um Lohndrückerei zu verhindern, wollen wir die Tarifbindung wieder stärken  
218 und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern. Wir unterstützen die  
219 Beschäftigten, ihre Gewerkschaften und Betriebs- bzw. Personalräte in ihrem Einsatz für  
220 Arbeitnehmerrechte und gute Arbeit.

221 Zugleich braucht unser Land einen zuverlässigen Sozialstaat, der Zukunftsängste abbaut und  
222 vor sozialem Absturz im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter schützt.

223 **5.1. Politikversagen beenden**

224 Die katastrophale Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre hat eine nie dagewesene  
225 Insolvenzwelle ausgelöst und ganze Wirtschaftszweige ins Wanken gebracht. Die etablierte  
226 Politik verleugnet die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen der einsetzenden  
227 Deindustrialisierung und lässt Arbeitnehmer und Arbeitssuchende gleichermaßen im Regen

228 stehen. Arbeitsplatzabbau ohne neue Perspektiven, Einkommensverzicht ohne Gegenleistung  
229 und staatlicher Sozialabbau lösen keine Probleme – sie verschärfen sie und gefährden den  
230 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ganze Regionen laufen Gefahr, ihre wirtschaftliche Identität  
231 zu verlieren. Der Staat darf den wirtschaftlichen Umbau nicht als reine marktbedingte  
232 Bereinigung abtun. Regionen und ihre Menschen brauchen in diesem Prozess Unterstützung,  
233 politische Gestaltungskraft und Vision. Das BSW macht sich deshalb auch in Rheinland-Pfalz  
234 konsequent für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft stark. Wir wehren uns  
235 dagegen, das Wegbrechen von Arbeitsplätzen zu akzeptieren und wollen  
236 Beschäftigungsperspektiven durch Investitionen in Forschung, Innovation und  
237 Zukunftstechnologien entwickeln.

## 238 **5.2. Politik für die Mehrheit**

239 Millionen Menschen arbeiten hart, um sich und ihren Familien ein gutes Leben zu er-  
240 möglichen. Sie sind es, die unsere Gesellschaft am Laufen halten und einen Großteil der  
241 Steuern zahlen. Statt dafür den gebührenden Respekt und soziale Sicherheit zu erhalten, ist ihr  
242 Leben in den vergangenen Jahrzehnten unsicherer und schwieriger geworden. Viele kommen  
243 trotz Vollzeitjob mit ihrem Einkommen kaum noch über den Monat. Das Aufstiegsversprechen  
244 der sozialen Marktwirtschaft gilt nicht mehr, der persönliche Wohlstand hängt längst nicht  
245 mehr von der eigenen Leistung ab. Die Vermögenskonzentration in Deutschland ist heute so  
246 hoch wie vor Beginn des Ersten Weltkriegs, als in Berlin noch der Kaiser regierte. Während  
247 Konzerne sogar in Krisenzeiten Rekorddividenden ausschütten, werden die Schlangen an den  
248 Tafeln immer länger. Auch wer jahrelang gearbeitet und in die Sozialversicherung eingezahlt  
249 hat, wird bei Arbeitslosigkeit wie ein Bittsteller behandelt. Selbständige fallen fast vollständig  
250 durch das soziale Netz. Weil Kita-Plätze fehlen und unsere Gesellschaft alles andere als  
251 familienfreundlich ist, leben besonders Alleinerziehende und ihre Kinder häufig in Armut,  
252 Millionen ältere Menschen können nach einem langen Arbeitsleben ihren Ruhestand nicht  
253 genießen, weil ihre Renten demütigend gering ausfallen und sie zunehmend auf  
254 Sozialleistungen angewiesen sind.

255 Wir fordern eine Landesstrategie gegen Armut, die existenzsichernde Löhne, stabile Renten  
256 und bezahlbare Lebenshaltungskosten ins Zentrum stellt. Sozialpolitik darf nicht bevormunden,  
257 sondern muss schützen und unterstützen.

### 258 **5.3. Wirtschaftliche Transformation mit sozialer Absicherung und Weiterbildung**

259 Die angestrebte Reduzierung des CO<sup>2</sup>-Ausstoßes innerhalb der Wirtschaft geht mit  
260 Umwandlungsprozessen ungeheuren Ausmaßes einher, die zu Verwerfungen in der gesamten  
261 Arbeitswelt führen werden. Die herrschende Politik hat bei der Vorbereitung dieser neuen  
262 industriellen Revolution versagt. Transformation ohne soziale Absicherung führt zu Dauer-  
263 Arbeitslosigkeit, Armut, Abwanderung von Fachkräften und dem Zusammenbruch regionaler  
264 Infrastruktur. Deshalb wollen wir Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme massiv  
265 ausbauen und finanzieren, Lohnersatzleistungen für Übergangsphasen bereitstellen, die  
266 Erwerbstätigkeit für ältere Arbeitnehmer bis zum Renteneintritt absichern sowie Betriebsräte  
267 und Gewerkschaften bei Umstrukturierungsprozessen paritätisch einbinden. Diese Maßnahmen  
268 sind keine Sozialausgaben, sondern Investitionen in Stabilität, Fachkräfte-Bindung und in die  
269 Regionen. Eine Lockerung des Kündigungsschutzes lehnen wir entschieden ab. Soziale  
270 Absicherung ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Wir wollen alle landespolitischen  
271 Möglichkeiten nutzen, um Beschäftigten und Arbeitssuchenden Qualifizierungsmaßnahmen zu  
272 ermöglichen und in diesem Interesse im Bundesrat aktiv werden. Duale Ausbildung in neuen  
273 Technologiefeldern ist genauso wichtig wie die Absicherung der Arbeitsplätze älterer  
274 Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften dürfen in dieser Phase nicht geschwächt, sondern müssen  
275 gestärkt werden, wir unterstützen ausdrücklich die Wahl von Betriebsräten, wo es sie noch  
276 nicht gibt. Gewerkschaften und Betriebsräte sind Partner und Mitdenker, nicht Hindernis.

### 277 **5.4. Soziale Politik ist Kernanliegen des BSW**

278 Um den Herausforderungen der Demografie zu begegnen, brauchen wir ein neues Verständnis  
279 von Lebensarbeitszeit mit lebenslauforientierten Arbeitszeitkonten, in denen Phasen des  
280 Mehrarbeitens und Arbeitszeitverkürzungen für Fürsorgeaufgaben enthalten sind. Hierzu  
281 wollen wir ein Modellprojekt initiieren. Kommunen müssen im Rahmen ihrer  
282 Selbstverwaltung in die Lage versetzt werden, kommunale Sozialpolitik über die gesetzlichen  
283 Pflichtaufgaben hinaus zu organisieren und zu finanzieren. Zusammen mit Kommunen und

284 öffentlich-rechtlichen Energieversorgern wollen wir durchsetzen, dass Sozialleistungsbezieher  
285 und Geringverdiener einen Sozialtarif für Energie erhalten können. Der nun aus  
286 Wirtschaftskreisen geforderten Lebensarbeitszeitverlängerung und der Rente ab 70 erteilen wir  
287 eine klare Absage. Das BSW wehrt sich gegen Bestrebungen, die Ladenöffnungszeiten oder  
288 Arbeitszeiten an Sonntagen auszuweiten. Wir sehen den freien Sonntag als wichtiges soziales  
289 Gut und Kulturgut, das der Arbeitsruhe und der seelischen Erholung dient, und grundsätzlich  
290 zu erhalten gilt. Wir fordern ein Rentensystem nach dem Vorbild Österreichs, wo die Renten  
291 im Schnitt 800 Euro pro Monat höher sind. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung, in die  
292 alle einzahlen, auch Abgeordnete, Selbständige und Beamte. Es darf nicht sein, dass unsere  
293 Rentnerinnen und Rentner im Vergleich zum EU-Durchschnitt rund zehn Prozent weniger  
294 vom letzten Nettogehalt erhalten. Gesetzliche Renten unter 2000 Euro sollten steuerfrei  
295 bleiben. Dazu muss die nächste Landesregierung eine Initiative in den Bundesrat einbringen.  
296 Wir wollen Seniorinnen und Senioren die bessere Teilnahme am öffentlichen Leben durch  
297 Stärkung des Einflusses der Seniorenbeiräte ermöglichen. Wir fördern Mehrgenerationenhäuser  
298 und machen uns stark für eine ausreichende und erreichbare medizinische Versorgung, vor  
299 allem im ländlichen Raum. Angebote der häuslichen und stationären Pflege müssen für alle  
300 Menschen verfügbar sein. Daseinsvorsorge und soziale Betreuung funktionieren nur mit  
301 genügend motiviertem Personal. Daher müssen – nach Jahren des Stillstands – soziale Berufe  
302 finanziell und politisch aufgewertet werden. Das kann auch auf Landes- und Kommunalebene  
303 umgesetzt werden, weil viele dieser Berufe finanziell vom Land und den Kommunen gefördert  
304 werden. Neben dem Gewinn an Kaufkraft in der Bevölkerung kann damit die Lohnschere  
305 zwischen Männern und Frauen weiter angeglichen werden, denn soziale Berufe werden  
306 vorrangig von Frauen ausgeübt. Wir wollen den Kommunen beim Vorhalten von  
307 Obdachlosenunterkünften helfen und sie finanziell unterstützen. Die Befriedigung elementarer  
308 sozialer Bedürfnisse ist grundsätzlich Aufgabe des Sozialstaats, die dieser aber in vielen  
309 Bereichen nicht mehr erfüllt. Deswegen können die Tafeln, Sozialaufhäuser und die vielen  
310 Vereine und Strukturen, die den ärmsten Menschen täglich helfen, das Leben zu meistern, auf  
311 unsere Unterstützung zählen: Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, die Tafeln in RLP  
312 finanziell bei den Kosten für Miete und Nebenkosten zu unterstützen.

313 Wir sind ein verlässlicher Partner von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, mit denen wir uns  
314 gemeinsam engagieren, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden. Die Stärkung  
315 der Mittelschicht ist für uns genauso essenziell wie faire Löhne und Renten. Frauen, Kinder,  
316 Jugendliche und Männer müssen besser vor häuslicher Gewalt geschützt und hilfestellende  
317 Einrichtungen für Männer und Frauen besser gefördert sowie bedarfsgerecht ausgebaut werden.  
318 Rheinland-Pfalz muss insgesamt familienfreundlicher werden, denn nur wo Kinder  
319 willkommen sind und Eltern unterstützt werden, kann sich Demografie positiv verändern.  
320 Qualifizierung und eine familienfreundliche Beschäftigung, zum Beispiel durch die Förderung  
321 betrieblicher Kinderbetreuung, sind maßgeblich, damit sich der Fachkräftemangel nicht weiter  
322 verschärft. Die Gleichstellung der Geschlechter ist uns ein wichtiges Anliegen.

## 323 **6. Demokratie neu denken!**

324 Unsere Demokratie braucht eine Auffrischung. Es gibt immer mehr Kritik, denn viele Bürger  
325 wollen mehr gehört werden als einmal alle vier oder fünf Jahre. Und sie sind zunehmend  
326 unzufrieden mit den demokratischen Prozessen. Wir wollen das ändern und treten dafür ein,  
327 dass die rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger sich mehr in unsere Demokratie  
328 einbringen können, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk reformiert wird und dass das  
329 Unrecht, das viele Menschen während der Corona-Pandemie erfahren mussten, anständig  
330 aufgearbeitet wird. Dazu soll es auch ein Amnestiegesetz geben. Wir denken Demokratie neu!  
331 Das Recht auf freie Meinungsäußerung und ungefilterte Information über die gesamte  
332 Medienbreite ist für uns nicht verhandelbar. Wo immer Probleme und Herausforderungen zum  
333 Anlass gemacht werden, den Meinungskorridor einzuschränken, Andersdenkende zur Gefahr  
334 zu erklären und Bürgerinnen und Bürger anlasslos zu überwachen, wird sich das BSW dem  
335 entschieden entgegenstellen.

### 336 **6.1. Meinungsfreiheit und Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk**

337 Die Meinungsfreiheit ist ein unverzichtbares Fundament unserer Demokratie. Doch zu-  
338 nehmend gerät sie unter Druck – durch staatliche Regulierungen, gesellschaftliche Ächtung  
339 und die Angst vor beruflichen oder sozialen Sanktionen. Cancel-Culture, Konformitätsdruck  
340 und die zunehmende Verengung des Meinungsspektrums sind unvereinbar mit den

341 Grundsätzen einer freien Gesellschaft. Zu dieser Verengung trägt leider auch der Öffentlich-  
342 Rechtliche Rundfunk in Deutschland bei. Das BSW Rheinland-Pfalz setzt sich entschieden für  
343 den Schutz der Meinungsfreiheit und Reformen bei ARD und ZDF ein. Wir lehnen staatliche  
344 Eingriffe ab, die unter dem Vorwand der Desinformationsbekämpfung die freie  
345 Meinungsäußerung einschränken. Wir wollen parteiferne Aufsichtsgremien im Öffentlich-  
346 Rechtlichen Rundfunk und damit den Einfluss der Politik dort zurückdrängen. Wir brauchen  
347 eine breite öffentliche Diskussion – lebendige demokratische Kultur lebt vom offenen Diskurs,  
348 von kontroversen Debatten und der Vielfalt der Meinungen. Statt Repression und Selbstzensur  
349 wollen wir die Stärkung der demokratischen Streitkultur – auch an Schulen, Hochschulen und  
350 Verwaltungen – in der auch unbequeme Sichtweisen Gehör finden können. Die Ausgrenzung  
351 politischer Konkurrenz ist kein Beitrag zur Demokratie. Wer andere Meinungen pauschal als  
352 gefährlich brandmarkt und den politischen Diskurs verweigert, schwächt unsere Demokratie.  
353 Wir stehen ferner für eine vernünftige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit. Einen  
354 übergriffigen oder autoritären Staat lehnen wir ab. Jeder Mensch soll sich frei in der  
355 Öffentlichkeit bewegen können – ohne Angst vor Bewertung und Überwachung – und ohne  
356 unter Generalverdacht zu geraten. Wir schützen das Recht auf Privatheit der Kommunikation –  
357 zuhause, am Telefon und im Chat. So, wie wir Brandmauern und Diskussionsverbote ablehnen,  
358 stellen wir uns gegen alle Versuche, Rechtsextremismus und Menschenhass zur Normalität zu  
359 machen. Volksverhetzung, Verleumdung und üble Nachrede bekämpfen wir im Internet wie in  
360 der analogen Welt – Tiktok und Co sind kein rechtsfreier Raum. Die AfD ist – wie die anderen  
361 alten neoliberalen Parteien auch – aus vielen Gründen unser politischer Gegner. Sie grenzt sich  
362 vorsätzlich nicht klar von Rechtsextremen ab, befürwortet Aufrüstung und ist alles andere als  
363 eine Partei für abhängig Beschäftigte, weil sie grundlegende Arbeitnehmerrechte und  
364 Sozialleistungen abschaffen oder radikal kürzen will. Aber wir lehnen die Nicht-Zulassung von  
365 Kandidaten durch Wahlausschüsse ab, wenn es dafür nicht gerichtlich überprüfte Gründe gibt:  
366 Wenn Kandidaten das passive Wahlrecht besitzen und ihre Partei nicht rechtskräftig verboten  
367 ist, müssen sie auch zu Wahlen zugelassen werden. Alles andere öffnet der Willkür und  
368 Benachteiligung politischer Konkurrenz Tür und Tor. Das BSW wird sich im Landtag von  
369 Rheinland-Pfalz nicht an einer „Brandmauer-Politik“ gegen die AfD beteiligen. Diese  
370 Ausgrenzung hat die AfD immer stärker gemacht. Für das BSW ist nicht entscheidend, wer eine

371 Initiative in den Landtag einbringt, sondern was eingebracht wird. Auch werden wir uns  
372 immer dafür einsetzen, dass alle Fraktionen die gleichen Rechte und Pflichten haben. Das gilt  
373 auch für die Wahl des Landtagspräsidiums und die Wahl von Ausschussvorsitzenden.

374 **6.2. Mehr direkte Demokratie wagen: Volksentscheide und Wahlen**

375 Die rheinland-pfälzische Landesverfassung räumt der direkten demokratischen Beteiligung der  
376 Bevölkerung einen hohen Stellenwert ein. In Artikel 107 der Landesverfassung heißt es: „Die  
377 Gesetzgebung wird ausgeübt: 1. durch das Volk im Wege des Volksentscheids, 2. durch den  
378 Landtag.“ Tatsächlich gibt es in Rheinland-Pfalz aber sehr hohe Hürden für eine  
379 Bürgerbeteiligung. Diese sind viel höher als in anderen Bundesländern. Dadurch wird faktisch  
380 eine echte Bürgerbeteiligung verhindert, abgesehen von der Abgabe der Stimme auf dem  
381 Wahlzettel zur Landtagswahl. Wir wollen das ändern. Wir wollen, dass unsere Bürger stärker  
382 in demokratische Prozesse eingebunden werden. Wir möchten deshalb die Landesverfassung  
383 dahingehend ändern, dass Quoren für Volksentscheide herabgesetzt werden. Im Moment  
384 braucht es dafür 300.000 Unterschriften, was knapp 10% aller Wahlberechtigten in Rheinland-  
385 Pfalz entspricht.

386 Wir fordern die Herabsetzung des Beteiligungs-Quorums auf 100.000 Unterschriften. Darüber  
387 hinaus wollen wir die Möglichkeit eines fakultativen Referendums einführen, nach dem  
388 Vorbild der Schweiz. Dies würde bedeuten, dass alle vom Landtag beschlossenen Gesetze mit  
389 einer Frist von 100 Tagen nur vorläufig sind, so dass die Bevölkerung innerhalb dieser Frist mit  
390 100.000 Unterstützerunterschriften den Volksentscheid herbeiführen könnte, dass über dieses  
391 Gesetz eine Volksabstimmung und nicht das Parlament zu entscheiden hat.

392 Wir wollen weiterhin eine Vereinfachung der Landesverfassung in den Artikeln 108, 108a und  
393 109 erwirken. Diese sind im Moment unverständlich formuliert, so dass kaum ein Bürger  
394 versteht, wie und an welcher Stelle eine Bürgerbeteiligung möglich ist. Wir streben an, die  
395 Sprache zu vereinfachen und nur mit einem Begriff zu arbeiten, dem des Volksentscheids.

396 Wir fordern außerdem eine Herabsetzung der Sperrklausel bei Landtagswahlen von fünf auf  
397 drei Prozent. Im Moment werden zehntausende Stimmen in Rheinland-Pfalz nicht  
398 wahrgenommen, denn kleinere Parteien, die viele Menschen wählen, kommen aufgrund der  
399 hohen Hürde nicht in den rheinland-pfälzischen Landtag. Die Ergebnisse bei den

400 Europawahlen zeigen seit Jahren, dass viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland bei  
401 Europawahlen solche Parteien wählen.  
402 Wir halten auch die Einrichtung von Bürgerräten für eine Möglichkeit, der  
403 Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Wichtig wäre, dass die Arbeit der Bürgerräte nicht als  
404 Feigenblatt für die Landesregierung eingesetzt wird und dass es von vornherein klare und  
405 transparente Verfahrensregeln gibt, die sicherstellen, dass alle Meinungen zu Wort kommen  
406 können. Die Verbindlichkeit der Vorschläge, die aus Bürgerräten kommen, sollte gewährleistet  
407 sein und unmissverständlich beschrieben werden. Wir schlagen vor, dass bereits die  
408 Zusammensetzung und die Aufstellung der Verfahrensregeln für die Bürgerräte in einem  
409 partizipativen Prozess erfolgen.  
410 Die Digitalisierung bietet Chancen und hat Beteiligungsprozesse vereinfacht, aber nicht jeder  
411 möchte immer und überall in der digitalen Welt leben. Wir respektieren die Entscheidung für  
412 ein Leben ohne digitale Endgeräte und fordern ein Recht auf analoge Zugänge zu staatlichen  
413 und gesellschaftlichen Angeboten.

414 **7. Bildung und Ausbildung: Rheinland-Pfalz darf nicht Schlusslicht bleiben**  
415 Bildung ist das Fundament für eine Gesellschaft. Von ihr hängt die Zukunftsfähigkeit unseres  
416 Landes ab. In Rheinland-Pfalz sehen wir seit Jahren massive Probleme: unzureichende  
417 Förderung von Basiswissen und -fertigkeiten, Lehrkräftemangel, überlastete und baufällige  
418 Schulen, neoliberale Ideologisierung von Bildungsprozessen an Schulen und Hochschulen, von  
419 privaten Interessen geleitete Forschung und Bildungspolitik und eine wachsende soziale  
420 Spaltung.  
421 Wir wollen Bildung in Rheinland-Pfalz unabhängig vom Geldbeutel und der sozialen Herkunft  
422 – von der Kita bis zur Uni. Kindergärten, Schulen und Hochschulen müssen gut ausgestattet  
423 und wohnortnah sein, Fortbildung muss lebenslang möglich und bezahlbar sein. Besonders in  
424 vielen ländlichen Regionen unseres Landes fehlt es an stabilen Schulstrukturen, viel zu oft fällt  
425 Unterricht aus. Schulsozialarbeit muss deutlich ausgebaut werden, um Kinder und Jugendliche  
426 in belastenden Lebenslagen zu unterstützen – gerade auch in sozial benachteiligten Gebieten.  
427 Schule muss sich wieder auf das konzentrieren, was jeder können sollte: Lesen, Schreiben,  
428 Rechnen. Weil Schule auf das Leben vorbereiten soll, gehört für uns auch folgendes hinzu:

429 Orientierung in der Welt (geographisch, historisch, geistes- und naturwissenschaftlich),  
430 kritisches Denken, Medienkompetenz, Psychologie, Recht, Fremdsprachen, Musik, Sport sowie  
431 handwerkliche Fähigkeiten. Bei grundlegenden Kulturtechniken, z.B. Sprache oder Rechnen,  
432 soll es neben dem Unterricht bei Entwicklungs- und Lernrückständen eine unmittelbare  
433 Förderung durch zusätzliche Lehrkräfte an der Schule geben, so dass der Lernerfolg nicht davon  
434 abhängt, in wie weit Eltern sich die Angebote die Nachhilfeindustrie leisten können.  
435 Kinder und Jugendliche sollen lernen, gemeinschaftlich und teamorientiert zu arbeiten, auf das  
436 eigene Denken zu vertrauen und Mitsprache und Verantwortung im Alltag erleben. Dabei  
437 sollen anbieterunabhängig Kenntnisse vermittelt werden, die zur Anwendung und Übertragung  
438 von Fertigkeiten auf andere Problemstellungen und Nutzungen befähigen – dies gilt  
439 insbesondere für digitale Bildungsinhalte.  
440 Bildungseinrichtungen, Schulen und das Schulleben sollen Ruhe und Muße ausstrahlen und so  
441 gestaltet sein, dass die Kinder sich sicher, in Gemeinschaft eingebunden, gut begleitet, angeregt,  
442 gefördert und insgesamt wohl fühlen. Durch die Art und Weise der Gestaltung von  
443 Umgangsformen, räumlicher Umgebung, Schulessen, Bewegungsmöglichkeiten,  
444 Gemeinschaftsleben, Einbettung in ein Stadtviertel, etc. erfüllt die Schule einen wichtigen  
445 erzieherischen Auftrag.  
446 An diesen grundlegenden Anforderungen scheitern unsere Bildungsstätten aktuell kläglich. Ein  
447 Fünftel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung 2024 ist direkt eingewandert. Rund 40 Prozent  
448 (IQB Bildungstrend 2025) der Kinder in der Schule haben einen Migrationshintergrund  
449 (Quelle: Statistisches Landesamt RLP). Auch vor diesem Hintergrund brauchen unsere Schulen  
450 deshalb dringend: mehr Personal, kleinere Klassen und viel mehr multiprofessionelle Teams.  
451 Weil die deutsche Sprache Voraussetzung für Bildungserfolg ist, wollen wir Sprachtests und  
452 einen Rechtsanspruch auf Sprachfrühförderung gemeinsam für Kinder mit und ohne  
453 Migrationshintergrund. Integrationshilfe im Rahmen der Eingliederungshilfe ist ein  
454 Rechtsanspruch. Diese muss bereits in der frühkindlichen Bildung greifen, als Voraussetzung  
455 für die darauffolgende schulische Laufbahn.  
456 Betrachtet man die Pro-Kopf-Bildungsausgaben für alle Unter-Dreißigjährigen, bildet  
457 Rheinland-Pfalz das bundesweite Schlusslicht. Rheinland-Pfalz hat im Vergleich mit  
458 westdeutschen Flächenländern auch einen unterdurchschnittlichen Betreuungsschlüssel in den

459 Kitas. Daher fordern wir einen Betreuungsschlüssel von 1:3 für Kinder unter drei Jahren und  
460 1:7,5 für Kinder über drei Jahren. Dies reduziert die Arbeitsbelastung der Fachkräfte und stellt  
461 die kindliche Entwicklung in den Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit. Dem wachsenden  
462 Investitionsstau in Kitas wollen wir durch Investitionshilfen des Landes in Kooperation mit  
463 dem Bund begegnen. Kommunen müssen diesbezüglich entlastet werden. Wir wollen, dass die  
464 Kita-Betreuung nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ ausgebaut wird. Neben  
465 Neubauten müssen vor allem auch die Bestandseinrichtungen von einer besseren Finanzierung  
466 profitieren. Erfolgreiche Bildung setzt voraus, dass Unterricht zuverlässig stattfindet. Das  
467 bedeutet: genug Lehrkräfte, moderne Ausstattung, ein sicheres Lernumfeld und soziale  
468 Begleitung. Dafür braucht es längeres gemeinsames Lernen (Klassen 1-8) mit Möglichkeiten der  
469 Orientierung. Mit kleineren Klassen und mehr Lehrern wollen wir die Zahl der Schulabgänger  
470 ohne Abschluss reduzieren und Projekte wie „Keiner-ohne-Abschluss“ ausbauen.  
471 Wir möchten, dass Kinder und Jugendliche in der Schule eine Welt ohne allgegenwärtige  
472 Digitalisierung kennenlernen dürfen, mit Gesprächen, Gemeinschaft, Begegnungen,  
473 Freundschaft, Kreativität, Bewegung und sinnlichen Erfahrungen. In weiterführenden Schulen  
474 fordern wir ein generelles Verbot der Privatnutzung von Handys bis zur 10. Klasse – mit  
475 Ausnahmen bei besonderen persönlichen Bedürfnissen oder im Falle von Unterrichts- und  
476 Busausfällen, etc..  
477 Generell sollte der Personalmangel in Erziehung und Bildung durch genügend Fachkräfte  
478 aufgefangen werden (auch bei Ausfall von Lehrkräften). Dafür braucht es mehr Lehrpersonen  
479 in sicheren Beschäftigungsverhältnissen und mit guten Arbeitsbedingungen.  
480 Schulen/pädagogische Einrichtungen müssen gut ausgestattete Arbeitsplätze mit aus-  
481 reichendem Arbeitsschutz (Lärm, Ruhezeiten, Aufenthaltsräume) sein, wie er auch von  
482 anderen Arbeitsstätten eingehalten werden muss. Wir brauchen eine bessere Bezahlung der  
483 Erzieherinnen und Erzieher und in den verschiedenen Schulformen fordern wir eine  
484 vergleichbare Besoldung von Lehrern.  
485 Die berufliche Bildung verdient endlich die Aufmerksamkeit, die ihr zusteht. Wir brauchen  
486 eine starke, gut bezahlte und zukunftsfähige berufliche Ausbildung, um dem wachsenden  
487 Bedarf in Handwerk, Pflege, Industrie und Dienstleistungssektor zu begegnen. Wir fordern eine  
488 zeitgemäße Ausstattung und bauliche Renovierung der Berufsschulen, die in angemessener Zeit

489 und mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein müssen. Auch berufliche Aus- und  
490 Weiterbildung darf nicht am Geld scheitern - Meisterabschlüsse oder Umschulungen müssen  
491 besser gefördert und der Studienförderung gleichgestellt werden.

492 **7.1. Berufliche Bildung, Hochschule und Freiheit der Wissenschaft**

493 Das BSW steht für die Aufwertung beruflicher Bildung und insbesondere die Rehabilitierung  
494 des dualen Bildungssystems, das eine gute berufliche Qualifizierung vorsieht, die neben den  
495 akademischen Bildungsgängen auch Wege zu hoher praktischer Qualifikation bereithält. Dieses  
496 duale Bildungssystem war einst Vorbild für viele andere Länder, was unsere Politik gleichwohl  
497 nicht davon abgehalten hat, es immer mehr dem angloamerikanischen Zweiklassensystem  
498 anzupassen. Um das duale Bildungssystem wieder umfassend herzustellen, muss der Wert von  
499 Erfahrungslernen und beruflicher Bildung deutlicher herausgestellt werden. Dazu möchten wir  
500 in diesen Bereich der beruflichen Qualifikation investieren, so dass erfahrene Praktikerinnen  
501 oder Praktiker auch ohne Abitur wieder hohes Ansehen in dieser Gesellschaft bekommen  
502 können.

503 Seit der Einführung des Bachelor- und Mastersystems haben Ökonomisierung und  
504 Bürokratisierung in den Hochschulen in einem nicht bekannten Ausmaß um sich gegriffen. Die  
505 Modularisierung der Lehrpläne und die Evaluierung der Lehre zum Zweck der Kontrolle – und  
506 nicht zur Entwicklung der Lehre selbst – bedeutet eine Einschränkung der Lehrfreiheit; die  
507 Bürokratisierung vermindert zudem den unmittelbaren verbindlichen Kontakt zu den  
508 Studierenden. Beides muss dringend zu Gunsten der akademischen Freiheiten auf ein  
509 vernünftiges Maß zurückgedrängt werden. Während der Verwaltungsapparat wächst, gibt es  
510 häufig nur Kurzzeitanstellungen bei akademischem Nachwuchs, der eine Professur anstrebt.  
511 Hier fordern wir eine Perspektive von mindestens drei Jahren.

512 Die Unabhängigkeit von Kultur, Kunst, Medien und Wissenschaft ist die Grundlage für eine  
513 funktionierende Demokratie. Staatlich, wirtschaftlich und militärisch geförderte Forschung, so  
514 genannte Drittmittelforschung, widerspricht daher der Entwicklung vielfältiger  
515 unvoreingenommener Standpunkte und Perspektiven und somit der Unabhängigkeit  
516 wissenschaftlicher Forschung. Für den Fall, dass universitäre Einrichtungen für Zwecke der

517 Wirtschaft oder des Staates in Anspruch genommen werden, sollten die Interessen und  
518 Zielsetzungen der Geldgeber an dieser Forschung klar benannt und kritisch reflektiert werden.

## 519 **7.2. Friedenserziehung statt Kriegstüchtigkeit**

520 Friedliches Zusammenleben gelingt nur, wenn die Gesellschaft auf Ausgleich bedacht und am  
521 Gemeinwohl orientiert ist. In der Schule muss Streitschlichtung erlernt und (Cyber-)Mobbing  
522 verhindert werden. Hierzu bedarf es spezieller Schulung der Pädagogen und der Stärkung von  
523 Gemeinschaftsleben. Zivile Konfliktlösung soll als Mittel der Auseinandersetzung gelebt und  
524 Gewalt zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Staaten geächtet werden. Jede Schule braucht  
525 mindestens eine feste Sozialarbeiterstelle zur Konfliktlösung, individueller Unterstützung bei  
526 Problemen und Stärkung von Integrationsprozessen. Friedenstüchtig in Bezug auf andere  
527 Länder und Kulturen werden Kinder und Jugendliche vor allem, wenn sie Erfahrungen mit  
528 Kindern und Jugendlichen aus diesen Ländern und Kulturen machen. Gerade wir in Rheinland-  
529 Pfalz haben dies in Bezug auf den früheren „Erbfeind“ Frankreich lernen müssen und dürfen.  
530 Hierzu können Sprach-, Geschichts- und Erdkundeunterricht direkt, aber auch Kunst und  
531 Wissenschaft indirekt beitragen. Wir lehnen jede Form von Nationalismus und Militarismus  
532 auch und gerade in der Bildung ab. Gleichzeitig möchten wir den Kindern regional und  
533 überregional ein Verständnis, ein Zugehörigkeitsgefühl und eine Liebe zu ihrem Land und ihrer  
534 Kultur vermitteln. Solidarität muss über ethnische und kulturelle Zugehörigkeiten hinweg  
535 stattfinden. Die Schule soll neben einem praktischen auch ein konzeptionelles Verständnis von  
536 Demokratie, Solidarität und Sozialverhalten vermitteln. Der Aufbau von Feindbildern und  
537 Kriegstreiberei hat grundsätzlich in Bildungseinrichtungen nichts zu suchen. Nach Auffassung  
538 des BSW hat auch Rüstungsforschung an Hochschulen und Universitäten nichts zu suchen. Wir  
539 fordern daher die Wiedereinrichtung von so genannten Zivilklauseln gegen Forschung zur  
540 Kriegsführung und an Kriegsgerät an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz.

## 541 **7.3. Freiwilligendienste stärken**

542 Das BSW unterstützt das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr und den  
543 Bundesfreiwilligendienst. Die Möglichkeit, einen einjährigen Freiwilligendienst zu absolvieren,  
544 eröffnet jungen Menschen wichtige Einblicke in soziale Berufsfelder und schafft Perspektiven –  
545 recht häufig entscheiden sich Freiwillige nach dem Dienst, eine Ausbildung, z. B. im Bereich

546 der Pflege oder der Erziehung, aufzunehmen. Das Freiwillige Jahr bietet auch den  
547 Einsatzstellen eine Chance, gutes Personal zu finden. Wichtige Eigenschaften wie  
548 Selbstvertrauen und Selbstwirksamkeit, Selbstständigkeit, Offenheit und Toleranz,  
549 Einfühlungsvermögen, Teamfähigkeit, Kritikfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit werden  
550 hier gestärkt. Somit tragen Freiwilligendienste in großem Ausmaß zum gesellschaftlichen  
551 Zusammenhalt bei. Das BSW setzt sich deshalb dafür ein, dass Freiwilligendienste gestärkt  
552 werden. Freiwillige sollen ein angemessenes Taschengeld erhalten, sie sollen die Möglichkeit  
553 haben, kostenlos zu ihren Einsatzstellen zu kommen. Außerdem sollen junge Menschen bereits  
554 nach Abschluss der 9. Klasse einen Freiwilligendienst beginnen können, der dann als „zehntes  
555 Bildungsjahr“ anerkannt wird. Wir vom BSW befürworten ausdrücklich die Forderungen der  
556 Landesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste nach einer institutionellen Förderung und einer  
557 allgemeinen Stärkung der Freiwilligendienste. Menschen, die sich freiwillig engagieren, sollen  
558 die nötige Wertschätzung erfahren!

#### 559 **7.4. Gestaltung und Finanzierung des Bildungssystems ist politische Pflicht**

560 Im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte haben die etablierten Parteien die eigenen Profile zu  
561 Bildung weitestgehend aufgegeben und die Verantwortung für die Bildungspolitik an  
562 Stiftungen, wie die Bertelsmann Stiftung, die Telekom Stiftung, die Stiftung Mercator und viele  
563 andere ausgelagert. Doch haben die Stiftungen eine eigene, meist neoliberale, Agenda; sie  
564 agieren ohne demokratisch Rechenschaft für ihre Entscheidungen abzulegen, wie eine vom  
565 Parlament kontrollierte Exekutive dies machen müsste. Zum Beispiel haben sich die beiden  
566 erstgenannten Stiftungen die umfassende Ökonomisierung und Digitalisierung der Bildung auf  
567 die Fahnen geschrieben und die letzte fällt mit zweifelhaften Äußerungen zu Krieg und Frieden  
568 auf. Die Einflussnahme wird auch dadurch sichtbar, dass die Medien sich in Bildungsfragen  
569 gleich direkt an die Stiftungen oder an von ihnen finanzierte oder initiierte Institute wenden,  
570 wo ja faktisch die Bildungspolitik auch überwiegend gemacht wird. Wir fordern daher, dass die  
571 inhaltliche Verantwortung für Schule und Unterricht und für andere Bildungseinrichtungen  
572 wieder zurück an das Bildungsministerium geht, wo eigene, demokratisch legitimierte, Fach-  
573 und Verwaltungsexpertise bewahrt und in großen Teilen wieder aufgebaut werden muss. Über  
574 die Kultusministerkonferenz muss bundesweit der Einfluss der Stiftungen im Bereich der

575 Bildung begrenzt werden. Gleches gilt für finanzielle Abhängigkeiten im Bildungssystem  
576 durch das Sponsoring privater Firmen. Die rheinland-pfälzische Bildungspolitik soll vielmehr  
577 wieder an unsere reiche Bildungstradition anschließen und diese weiterentwickeln. Rheinland-  
578 Pfalz braucht 2.000 zusätzliche Lehrkräfte und den Ausbau der Schulsozialarbeit mit 1.000  
579 Stellen. Unsere Kinder brauchen das verpflichtende Vorschuljahr und die Förderung von  
580 Basisfertigkeiten durch zusätzliche Förderlehrkräfte, die Sprachförderung muss ausgebaut  
581 werden, die Verringerung der Klassenstärke und Maßnahmen der Integration mit 5.000  
582 zusätzlichen Sonderpädagogen sind unabdingbar. Der Ausbau von Kitas mit 3.000 zusätzlichen  
583 Fachkräften sowie ein bedarfsgerechtes Sanierungs- und Bauprogramm mit entsprechender  
584 Erweiterung der Ausstattung sind dringend notwendig: Wir treten für ein kostenloses  
585 Mittagessen, die vollständige Gebührenfreiheit für den KiTa-Besuch und kostenlose digitale  
586 Endgeräte in weiterführenden Schulen ein. Unsere Forderungen summieren sich auf einen  
587 Betrag von etwa 1,1 Mrd. €, die jährlich zusätzlich zum heutigen Bildungshaushalt benötigt  
588 werden. Hierfür brauchen wir Umschichtungen im Landeshaushalt. Und es braucht dringend  
589 Bundesmittel und einen Sonderfonds, wie etwa die Beteiligung des Bundes über das „Gute-Kita-  
590 Gesetz“, Digitalpakt 2.0, Ganztagschulfonds, etc. Wir brauchen eine Umschichtung von  
591 Rüstung zu Bildung: Schon eine Reduzierung von 1% im Verteidigungshaushalt entspräche  
592 bundesweit mehr als 800 Mio. € pro Jahr.

593 **8. Gesundheitsversorgung – Schnell, überall und bezahlbar**  
594 Wir lehnen die derzeit im ganzen Land grassierende Schließung von Krankenhäusern und  
595 Gesundheitseinrichtungen aus rein wirtschaftlichen Gründen entschieden ab. Auch für die  
596 Notfallversorgung sind kurze Wege unverzichtbar. Rheinland-Pfalz muss endlich seiner  
597 Investitionsverantwortung in ausreichendem Umfang nachkommen, damit Krankenhäuser auf  
598 dem neuesten Stand bleiben oder gebracht werden können. Unser Bundesland soll sich im  
599 Bundesrat für eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser und Investitionszuschüsse  
600 durch den Bund einsetzen.  
601 Das Gesundheitssystem darf keine Zweiklassenmedizin bleiben – monatelange Wartezeiten für  
602 Kassenpatienten und die Bevorzugung von Privatpatienten sind inakzeptabel. Wir wollen,  
603 gemeinsam mit anderen Bundesländern, für eine Bürgerversicherung kämpfen, in die alle

604 einzahlen ohne Beitragsbemessungsgrenze. Seit Jahrzehnten überlässt der Staat die  
605 Gesundheitsversorgung zunehmend gewinnorientierten Konzernen, was die Versorgung von  
606 Patienten und die Arbeitsbedingungen von Fachkräften verschlechtert hat.  
607 Rentabilität steht hier vor medizinischer oder pflegerischer Notwendigkeit. Wir müssen  
608 umdenken: Gesundheit darf nicht länger als Ware betrachtet werden. Sie ist ein Menschenrecht  
609 und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.  
610 Die haus- und fachärztliche Versorgung ist zunehmend bedroht und steht vor einem  
611 strukturellen Kollaps – insbesondere in ländlichen Regionen. Ganz besonders schlecht  
612 schneidet Rheinland-Pfalz bei der Kindermedizin ab. Der Mangel an Fachärzten für  
613 Kindermedizin ist eklatant, nicht nur im niedergelassenen Bereich, sondern zunehmend auch  
614 in den Kliniken. Den letzten Platz im bundesdeutschen Vergleich belegt Rheinland-Pfalz bei  
615 der Verfügbarkeit von Kinder- und Jugendpsychotherapeuten. Die Folge sind gefährliche  
616 Behandlungsengpässe und Wartezeiten von einem Jahr und mehr auf einen freien  
617 Therapieplatz. Gerade für Kinder hat dies gravierende Folgen. Je länger Kinder und Jugendliche  
618 auf einen Behandlungsplatz warten müssen, umso länger und intensiver müssen sie therapiert  
619 werden.  
620 Der gravierende Nachwuchsmangel in der Medizin ist unter anderem auf den hohen Numerus  
621 Clausus (NC) für das Medizinstudium zurückzuführen, der vielen motivierten jungen  
622 Menschen den Zugang zum Medizinstudium verwehrt. Wer es doch schafft, steht nach dem  
623 Studium häufig vor der Hürde hoher Investitionskosten, die mit der Übernahme oder  
624 Neugründung einer Arztpraxis verbunden sind. Statt ein Medizinstudium an einer privaten  
625 Elite-Uni in Ungarn finanziell zu fördern, wie dies durch einen Zusammenschluss von  
626 Kommunen in der Westpfalz praktiziert wird, sollte der Zugang zu einem Medizinstudium in  
627 Deutschland gelockert und der anachronistische Numerus Clausus abgeschafft werden. Schon  
628 vor Jahren haben Umfragen unter Jungärzten offengelegt, dass sich ihre beruflichen  
629 Vorstellungen fundamental vom althergebrachten Bild des Arztes unterscheiden: Junge  
630 Ärztinnen und Ärzte wollen keinen 16-Stunden-Tag ohne geregelte Arbeitszeiten in einer auf  
631 Pump finanzierten Praxis, für die sie allein das unternehmerische Risiko tragen. Junge Ärzte  
632 bevorzugen stattdessen ein risikofreies Angestelltenverhältnis mit geregelten Arbeitszeiten und  
633 ausreichenden Freiraum für Familie und Freizeit. Um den Berufswünschen junger Mediziner

634 gerecht zu werden müssen Ärztegenossenschaften und medizinische Versorgungszentren  
635 (MVZ) unter kommunaler Regie viel stärker als bisher gefördert und als Standardmodell in die  
636 ambulante medizinische Versorgung Einzug halten. Wo es gar nicht anders geht, können  
637 Kommunen selbst als Arbeitgeber in Erscheinung treten: Ärztliche Versorgung als Bestandteil  
638 des öffentlichen Dienstes wäre ein starkes Gegengewicht zur fortschreitenden Privatisierung  
639 und Kommerzialisierung des Gesundheitswesens!

640 Hinzu kommt, dass die Abrechnungssystematik mit den Krankenkassen von vielen Ärztinnen  
641 und Ärzten als intransparent und ungerecht empfunden wird. Besonders Leistungen, die für  
642 eine flächendeckende und patientennahe Versorgung essenziell sind – wie Hausbesuche,  
643 Telefonsprechstunden oder präventive Gespräche – werden oft nicht oder nur unzureichend  
644 vergütet. Das führt nicht nur zu Frust, sondern auch dazu, dass immer weniger junge  
645 Medizinerinnen und Mediziner bereit sind, sich in der hausärztlichen Versorgung  
646 niederzulassen. Damit die medizinische Versorgung, besonders im ländlichen Raum, gesichert  
647 werden kann, brauchen wir eine bessere Vernetzung von stationärem und ambulantem  
648 Bereich, idealerweise an einem Ort und aus der gleichen Hand. Darüber hinaus müssen  
649 innovative Angebote wie der Gemeindeschwestern, die sich am Prinzip des Gemeinwohls  
650 orientieren, viel stärker in den Mittelpunkt gerückt und gefördert werden.

651 Immer mehr Krankenhäuser müssen schließen, weil sie nach rein wirtschaftlichen Maßstäben  
652 als nicht profitabel gelten. Besonders betroffen sind kleinere Kliniken im ländlichen Raum, die  
653 oft eine tragende Säule der regionalen Gesundheitsgrundversorgung darstellen. Die  
654 zunehmende Privatisierung des Krankenhaussektors hat dazu geführt, dass wirtschaftliche  
655 Interessen über medizinische Notwendigkeiten gestellt werden. Investoren und private  
656 Klinikbetreiber streben Rendite an – mit der Folge, dass unrentable Fachabteilungen  
657 geschlossen oder ausgedünnt werden. Man pickt sich die rentablen Rosinen mit der höchsten  
658 Vergütung heraus, während Schwerstkranke, Geburtshilfe oder komplizierte  
659 Krankheitsverläufe lieber weggeschoben werden, weil sie zu teuer sind und die Rendite  
660 schmälern. Notaufnahmen und geriatrische Versorgung sind oft die ersten Bereiche, die  
661 wegfallen, obwohl sie für die Daseinsvorsorge unverzichtbar sind.

662 Der wirtschaftliche Druck führt zudem zu massiven Einsparungen beim Personal. Es mangelt  
663 an qualifizierten Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften sowie therapeutischem Fachpersonal.

664 Die bestehenden Mitarbeitenden sind chronisch überlastet und arbeiten unter hohem Druck.  
665 Zeit für Zuwendung und menschliche Betreuung bleibt kaum. Viele verlassen das Berufsfeld  
666 oder wechseln in besser bezahlte Bereiche, was den Fachkräftemangel weiter verschärft.  
667 Gleichzeitig geraten Patientinnen und Patienten immer stärker in den Hintergrund.

### 668 **8.1. Menschliche Pflege ist kein Renditemodell**

669 Die Pflege im Alter ist eine der größten sozialen Herausforderungen unserer Zeit. Immer mehr  
670 Menschen sind im Alter auf Unterstützung angewiesen – sei es durch ambulante Dienste,  
671 betreutes Wohnen oder stationäre Pflegeeinrichtungen. Pflegeheime und Einrichtungen der  
672 Altenhilfe erfüllen damit eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe: Sie kümmern sich um unsere  
673 ältesten, pflegebedürftigen, chronisch kranken oder dementen Mitbürgerinnen und Mitbürger.  
674 Doch der Umgang mit dieser Verantwortung ist auch hier zunehmend geprägt von  
675 ökonomischem Druck und der Suche nach Gewinnmargen.  
676 Immer häufiger werden Pflegeheime von privaten, gewinnorientierten Trägern übernommen –  
677 darunter große Pflegekonzerne, Investmentgesellschaften oder internationale Fonds. Diese  
678 verfolgen primär gewinnorientierte Ziele, nicht das Wohl der Bewohner. Der Mensch gerät aus  
679 dem Blick – obwohl gerade in der Pflege im Alter Zuwendung, Vertrauen und Kontinuität  
680 entscheidend sind.  
681 Das BSW fordert deshalb ein klares politisches Signal: Pflege darf kein Renditemodell sein.  
682 Einrichtungen, die mit öffentlichem Geld oder aus Pflegeversicherungsbeiträgen finanziert  
683 werden, müssen nach gemeinwohlorientierten Grundsätzen arbeiten. Gewinne aus der Pflege  
684 dürfen nicht an Aktionäre oder Investoren ausgeschüttet werden, sondern müssen zu 100  
685 Prozent in Qualität, Personal und Infrastruktur reinvestiert werden. Pflege im Alter muss für  
686 alle Menschen bezahlbar bleiben. Es darf nicht sein, dass Pflegebedürftige oder deren  
687 Angehörige ihr gesamtes Lebenswerk – ihre Ersparnisse, ihr Haus, ihre Altersvorsorge –  
688 aufgeben müssen, um ein Pflegeheim bezahlen zu können. Wir fordern daher eine solidarisch  
689 finanzierte Pflegeversicherung, die nicht nur das Existenzminimum absichert, sondern echte  
690 Versorgungsgerechtigkeit und Versorgungssicherheit herstellt.  
691 Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen brauchen mehr Unterstützung und  
692 Entlastung. Die Pflegeversicherung ist unzureichend und schützt nicht vor hohen

693 Eigenanteilen, die zur Armutsfalle werden können. Deshalb fordern wir einen  
694 Pflegekostendeckel und eine auskömmliche Finanzierung der Investitionskosten durch Land  
695 und Bund. Wir wollen auch die wohnortnahe sozialpsychiatrische Versorgung in Rheinland-  
696 Pfalz ausbauen. Krisennotdienste und eine bessere Beratung für Betroffene und Angehörige  
697 müssen flächendeckend sichergestellt werden. Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die  
698 sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an Gewinnmaximierung.  
699 Krankenhäuser, Versorgungszentren und Pflegeeinrichtungen sollen in kommunale oder  
700 gemeinnützige Trägerschaft zurückgeführt und erhalten bleiben, ambulante Pflegehilfen  
701 wollen wir ausbauen, damit auch pflegebedürftige Menschen möglichst lange in der eigenen  
702 Wohnung leben können.

## 703 **8.2. Pflegeberufe aufwerten, Strukturen neu denken**

704 Der Pflegeberuf befindet sich in einer tiefen Krise. Seit Jahren leidet die Branche unter  
705 strukturellen Problemen, die sich durch die Corona-Pandemie zusätzlich verschärft haben.  
706 Pflegekräfte arbeiten unter extrem herausfordernden Bedingungen, die kaum mit einem  
707 gesunden und sozialen Leben vereinbar sind. Familienunfreundliche Arbeitszeiten gehören zur  
708 Tagesordnung: Früh-, Spät- und Nachtdienste wechseln sich in unregelmäßigen Intervallen ab.  
709 Wochenend- und Feiertagsdienste sind selbstverständlich, Einspringen an den dienstfreien  
710 Tagen aufgrund hoher Krankheitsstände ist Normalität.  
711 Eine flexible Kinderbetreuung ist jedoch kaum vorhanden. Dies führt nicht nur zur  
712 Erschöpfung der Beschäftigten, sondern schreckt auch junge Menschen und Quereinsteiger  
713 davon ab, den Beruf überhaupt zu ergreifen.  
714 Hinzu kommt eine unzureichende Bezahlung, die der Verantwortung, dem Wissen und der  
715 körperlichen wie emotionalen Belastung in keiner Weise gerecht wird. Die Situation wird  
716 durch landespolitisch gesetzte schlechte Personalschlüssel weiter verschärft. Das BSW fordert  
717 daher deutliche Lohnerhöhungen für beruflich Pflegende in allen Bereichen von der  
718 Intensivpflege in der Universitätsklinik bis zur Altenpflegerin im Seniorenheim, flexiblere  
719 Arbeitszeitmodelle und eine deutliche, bedarfsorientierte Verbesserung des Personalschlüssels  
720 sowie den Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz. Fort- und Weiterbildungen müssen gezielt  
721 gefördert werden. Die generalisierte Ausbildung im Kranken- und Altenpflegebereich soll

722 rückgeführt und durch spezialisierte Ausbildungsgänge ersetzt werden. Auf Bundesebene wird  
723 sich das BSW dafür einsetzen, dass Pflegekräfte und alle Beschäftigten in physisch oder  
724 psychisch stark belastenden Berufen, aus medizinischen Gründen ab 60 Jahren abschlagsfrei in  
725 die Altersrente gehen können, wenn sie dies wünschen. Zumindest die Basisversorgung muss in  
726 kommunaler Hand bleiben, bereits privatisierte Kliniken rekommunalisiert werden. Die  
727 Bürokratie im Gesundheitssystem muss deutlich reduziert werden, um mehr Zeit für die  
728 Versorgung der Menschen zu schaffen. Ein weiterer Baustein sind neue Versorgungsstrukturen  
729 durch die selbstständige Zuarbeit von gut ausgebildeten Pflegekräften, die Hausärztinnen und  
730 Hausärzte in Pflegestützpunkten, spezialisierten Schmerz-Praxen oder als Wundmanager  
731 gezielt unterstützen können. Diese Zusammenarbeit kann die ambulante Versorgung effizient  
732 entlasten und die Qualität der Betreuung insbesondere für chronisch Kranke und ältere  
733 Menschen deutlich verbessern.

734 **8.3. Pflegekammer Rheinland-Pfalz: Vielleicht gut gemeint, schlecht gemacht**

735 Die Pflegekammer Rheinland-Pfalz wurde ursprünglich mit dem Ziel gegründet, den  
736 Pflegeberuf zu stärken, ihn politisch besser zu vertreten und langfristig die Qualität in der  
737 Pflege zu sichern. In der Praxis jedoch hat sich die Kammer als weitgehend ineffektiv erwiesen.  
738 Zahlreiche Pflegekräfte kritisieren, dass sie zwar zur Zwangsmitgliedschaft und zur Zahlung  
739 teils erheblicher Mitgliedsbeiträge verpflichtet sind, im Gegenzug jedoch kaum einen spürbaren  
740 Nutzen erfahren. Die Kammer bietet weder juristische noch arbeits- oder berufsrechtliche  
741 Beratung – Leistungen, die gerade in einem hochbelasteten Berufsfeld wie der Pflege dringend  
742 notwendig wären. Auch in Fragen der Lohnentwicklung, der Verbesserung der  
743 Arbeitsbedingungen oder der aktiven politischen Mitgestaltung bleibt die Kammer bislang  
744 wirkungslos. Es fehlen konkrete Initiativen, klare Positionierungen oder durchsetzungsfähige  
745 Interessenvertretung gegenüber Arbeitgebern, Politik oder Kassen. Stattdessen beklagen viele  
746 Mitglieder mangelnde Transparenz, eine abgehobene Verwaltung und fehlende Nähe zur  
747 Berufsrealität.

748 Wir fordern daher eine grundlegende Neuausrichtung der Interessenvertretung für  
749 Pflegeberufe: Statt einer kostenintensiven, wenig handlungsfähigen Kammer braucht es eine  
750 starke, demokratisch legitimierte Pflegegewerkschaft, die sich wirksam und direkt für die

751 Belange der Berufsgruppe einsetzt – mit Tarifkompetenz, juristischer Unterstützung und  
752 bundesweiter Vernetzung.

753 **9. Zuhause muss wieder bezahlbar werden**

754 Bezahlbarer Wohnraum ist ein Grundrecht. Aber Mieten und Immobilienpreise sind so stark  
755 gestiegen, dass Wohnen vielerorts zum Luxus geworden ist. Bürokratisches Baurecht, steigende  
756 Umweltanforderungen, der Verkauf öffentlichen Wohnraums an private Investoren, zahnlose  
757 Mietpreisbremsen und der Wegfall zahlreicher Wohnungen aus der Sozialbindung sind  
758 ursächlich hierfür. Waren in Rheinland-Pfalz 2011 noch knapp 72.000 Sozialwohnungen  
759 verfügbar, ist diese Zahl 2023 auf knapp 38.000 gefallen. Dieser Trend wird sich weiter  
760 fortsetzen. Wir wollen deshalb umsteuern: Die Landesregierung muss mehr Geld in den  
761 sozialen Wohnungsbau investieren, das Baurecht vernünftig gestalten und den Mietpreisdeckel  
762 zu einem wirkungsvollen Instrument gegen Mietwucher machen. Laut der DGB-Studie  
763 „Zukunftsinvestitionen“ benötigt das Land ca. 4600 Sozialwohnungen pro Jahr mehr über einen  
764 Zeitraum von 10 Jahren. Dies würde bedeuten: Eine Milliarde pro Jahr Landesmittel alleine für  
765 diesen Bereich.

766 Wir wollen kommunale Wohnungsbaugesellschaften mit Investitionen in den Kapitalstock  
767 stärken und damit solche gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften auf Kreisebene  
768 überhaupt erst ermöglichen. Die öffentliche Förderung des Baus privat finanziert  
769 Sozialwohnungen mit zeitlich begrenzter Sozialbindung wollen wir zugunsten der  
770 Finanzierung gemeinnütziger und kommunaler Wohnungsbaugesellschaften verringern.  
771 Zweckentfremdungs- und Leerstandsverbote wollen wir durch handhabbare gesetzliche  
772 Grundlagen für kommunale Satzungen umsetzbar machen.

773 Und weil Straßenausbaubeuräge auch als wiederkehrende Beiträge eine häufig unzumutbare  
774 Belastung sind, wollen wir diese Beiträge abschaffen. Straßen sind öffentliche Einrichtungen  
775 zum Nutzen aller und müssen deshalb aus Steuermitteln bezahlt werden.

776 **9.1. Sozialen Wohnungsbau: Fertigstellungen verdoppeln**

777 Sozialer Wohnungsbau muss ein wichtiger Investitionsschwerpunkt der Landespolitik werden.  
778 Wir wollen den jährlichen Zubau an Sozialwohnungen im Neubau und in der Vollsaniierung

779 unter Einbeziehung geeigneter Landesliegenschaften verdoppeln. Wir setzen uns weiterhin für  
780 die zivile Nutzung von ehemaligen Bundeswehrliegenschaften ein, sie sind wichtige Pfeiler für  
781 die kommunale und regionale Entwicklung. Den angekündigten Umwandlungsstopp von  
782 Grundstücken und Standorten durch das Verteidigungsministerium, lehnen wir strikt ab.  
783 Rheinland-Pfalz benötigt dringend bezahlbare Wohnungen statt Kasernen! Während tausende  
784 Sozialwohnungen fehlen, steht gleichzeitig dringend benötigter Wohnraum aus  
785 Spekulationsgründen leer oder weil Eigentümer auf noch höhere Einnahmen warten. Wir  
786 fordern eine landesweite Meldepflicht für Leerstand und Sanktionen gegen spekulative  
787 Nichtvermietung.

### 788 **9.2. Genossenschaften fördern, Baurecht vereinfachen**

789 Wir stärken kommunale Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften als gemeinnützige  
790 Investoren bei der Sanierung und dem Erhalt sowie dem Neubau von mehr öffentlichem  
791 Wohnraum. Kommunen sollen beim Ankauf und der Entwicklung leerstehender Gebäude und  
792 Brachen unterstützt werden. Dazu brauchen wir ein landesweites Leerstandregister in  
793 Zusammenarbeit mit den Kommunen. Außerdem fordern wir schnellere Genehmigungen  
794 durch Vereinfachung der Bauordnung und der Baugenehmigungsverfahren. Wir setzen uns für  
795 die Erhöhung der jährlichen Landesförderung für den Umbau altersgerechter, barrierefreier  
796 und behindertengerechter Wohnungen ein. Kein Verkauf von kommunalem Gebäudebestand  
797 an Investoren, die an einer Sozialbindung kein Interesse haben, kein Kaufvertrag ohne  
798 Sozialbindungsklausel!

### 799 **9.3. Dem Klimawandel entgegentreten, aber sozialverträglich**

800 Wir wollen die Städtebauförderung und die Dorferneuerung stärken, um Schutzmaßnahmen  
801 vor Starkregenereignissen, die Anlage von Gewässern und Grünflächen und den Einbau von  
802 Löschwasserzisternen zu fördern. Kleingartenanlagen sind Oasen der Erholung in unseren  
803 Städten sowie auch Biotope und Natur-Erlebnisorte. Sie fördern die Artenvielfalt, leisten einen  
804 Beitrag für gesunde Ernährung und stärken den sozialen Zusammenhalt. Wir wollen sie deshalb  
805 schützen und Neuanlagen ermöglichen. Die energetische Sanierung treibt viele Mieter und  
806 kleine Vermieter in die Enge. Was als Klimaschutzmaßnahme gedacht ist, wird zur sozialen  
807 Belastung, wenn die Kosten einfach auf die Miete aufgeschlagen werden. Dazu kommen

808 steigende Energie- und Nebenkosten und eine teure Grundsteuerreform. Wir fordern ein  
809 Sonderfinanzierungsprogramm: „Wohnen Sozial“ für Investitionen in energetische Sanierungen  
810 von Hauseigentümern mit geringen Einkommen und Familien.

811 **9.4. Wohnen als Grundrecht: Gemeinnützigkeit stärken, Mieten deckeln**

812 Menschenwürdige Wohnverhältnisse sind für viele Mieterinnen und Mieter zu einem  
813 unbezahlbaren Luxus geworden. Die Zahl der Menschen ohne festen Wohnsitz wächst, ebenso  
814 wie die Zahl jener, die in überfüllten oder ungeeigneten Unterkünften leben müssen. Wir  
815 wollen landesweit mehr Wohnprojekte und Notunterkünfte schaffen. Zwangsräumungen aus  
816 rein finanziellen Gründen lehnen wir ab. Niemand darf auf der Straße landen, weil er seine  
817 Miete nicht mehr zahlen kann. Unser Ziel ist eine soziale Wohnungswende, die das  
818 Gemeinwohl an die erste Stelle rückt. Wohnen ist kein Luxus und keine Ware, sondern ein  
819 Grundrecht. Das BSW steht für eine Politik, die Menschen schützt – nicht Spekulanten. Wir  
820 wollen, dass jeder Mensch im Land ein sicheres, bezahlbares Zuhause hat. Über eine  
821 Bundesratsinitiative wollen wir eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen. Die Neue  
822 Wohngemeinnützigkeit darf kein bloßes Etikett ohne Wirkung bleiben. Wenn  
823 Gemeinnützigkeit sich auf steuerliche Regelungen beschränkt, ohne zusätzlichen dauerhaft  
824 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, verfehlt sie ihren Anspruch.  
825 Wir setzen uns dafür ein, dass Rheinland-Pfalz die Neue Wohngemeinnützigkeit durch  
826 gezielte wohnungspolitische Maßnahmen mit Leben füllt und sie zu einem wirksamen  
827 Instrument für dauerhaft bezahlbares Wohnen macht. In Regionen mit besonders  
828 angespanntem Wohnungsmarkt setzen wir uns dafür ein, dass Mieten für sechs Jahre  
829 eingefroren werden. Für die Zeit danach wollen wir keinen Inflationsautomatismus, sondern  
830 gesetzliche Regelungen, nach denen Mietpreissteigerungen sozial ausgewogen an der  
831 Einkommensentwicklung und den tatsächlichen Kosten ausgerichtet werden. Dazu werden wir  
832 die bestehenden landesrechtlichen Spielräume konsequent nutzen und uns über eine  
833 Bundesratsinitiative für entsprechende bundesgesetzliche Regelungen einsetzen. Ziel ist es,  
834 bezahlbares Wohnen dauerhaft zu sichern und Verdrängung wirksam zu verhindern.

835 **10. Mobilität ist kein Luxus**

836 Die SPD geführte Landesregierung hat in den letzten Jahrzehnten unsere Infrastruktur  
837 systematisch an die Wand gefahren. Laut der DGB-Studie „Zukunftsinvestitionen sind  
838 wichtig“ müssten in Rheinland-Pfalz in den nächsten 10 Jahren fast 30 Mrd. Euro allein in  
839 Infrastruktur investiert werden, um dem jahrzehntelangen Investitionstau zu begegnen. Nicht  
840 zuletzt der Landesrechnungshof beklagt den Verfall der Landesstraßen – 2014 waren davon 28  
841 Prozent in einem schlechten Zustand, aktuell sind es laut Bericht sage und schreibe 38 Prozent.  
842 Gleichzeitig ist der ÖPNV inzwischen an Unzuverlässigkeit kaum noch zu überbieten.  
843 Verspätungen, Zugausfälle, technische Probleme, fehlender Service - die Kunden müssen dafür  
844 auch noch viel bezahlen. Wir brauchen erhebliche Investitionen in unsere Bestandsstrecken,  
845 die zügige Reaktivierung von Bahnstrecken und verkürzte Planungs- und  
846 Genehmigungsverfahren. Wir setzen auf einen attraktiven, flächendeckenden ÖPNV, auf  
847 sichere Radwege, gute Straßen und flexible Rufbussysteme. Die Landesregierung hat den  
848 Öffentlichen Nahverkehr zur Pflichtaufgabe der Kommunen gemacht – das war richtig. Aber  
849 sie hat kein Geld für die Umsetzung bereitgestellt und das wollen wir ändern. Das  
850 Deutschlandticket muss ausgeweitet und für Schüler kostenlos werden, den Führerschein  
851 wollen wir wieder bezahlbar machen. Der Ausbau der A1 in der Eifel ist ein zentrales  
852 Infrastrukturprojekt für Rheinland-Pfalz – und eine unendliche Geschichte. Geplant seit mehr  
853 als 50 Jahren, ist die Fertigstellung immer wieder verschoben worden. Die wirtschaftliche  
854 Bedeutung der Strecke ist enorm – nicht nur für den Norden von Rheinland-Pfalz. Wir fordern  
855 deshalb: Der Ausbau der A1 muss unter Berücksichtigung von Natur- und Umweltschutz  
856 vorangetrieben werden.

857 **10.1. Alltagstauglich statt ideologisch**

858 Der ÖPNV in seiner gegenwärtigen Form ist schlicht unbrauchbar, zumindest im ländlichen  
859 Raum genügt er den Anforderungen einer modernen Gesellschaft nicht. Solange das Auto in  
860 vielen Landesteilen das wichtigste oder sogar einzige alltagstaugliche Fortbewegungsmittel ist,  
861 wehren wir uns gegen eine ideologisch aufgeblasene Verkehrswende, die unüberlegt und gegen  
862 die Interessen der Menschen durchgesetzt werden soll. Stattdessen brauchen wir einen  
863 attraktiven Mix aller Verkehrsmittel.

864 **10.2. Öffentlicher Personen-Nahverkehr: Kern zukunftsähiger Verkehrspolitik**

865 Unbestritten trägt der Verkehrssektor neben Industrie und privaten Haushalten erheblich zum

866 Ausstoß klimaschädlicher Gase und damit zum Klimawandel bei. Wer tatsächlich etwas zum

867 Klimaschutz beitragen will, kommt deshalb am Verkehrssektor nicht vorbei. Ein

868 funktionierender, gut ausgebauter und bezahlbarer öffentlicher Personennahverkehr ist

869 zweifellos der Kern einer nachhaltigen und zukunftsähigen Verkehrspolitik. Diese kann nur

870 mit einer gewaltigen Kraftanstrengung aller Beteiligten auf den Weg gebracht werden, die

871 länger als eine Wahlperiode halten muss. Die Sanierung und der Ausbau bestehender Straßen

872 und strassenbegleitender Radwege müssen im Blickpunkt der künftigen Verkehrspolitik stehen.

873 Ortsumfahrungen, die zur Verbesserung der Lebensqualität in den Ortschaften führen, sind zu

874 unterstützen. Kostenlose Pendlerparkplätze an Autobahnauffahrten und ÖPNV-Schnittpunkten

875 im ländlichen Raum ebenfalls.

876 Die Attraktivität von Bahnhöfen muss dringen erhöht werden, Toiletten müssen sauber und

877 nutzbar und alle Bahnsteige barrierefrei erreichbar sein. Und Menschen müssen sich in

878 Bahnhöfen rund um die Uhr sicher fühlen können. Das Deutschland-Ticket war ein Schritt in

879 die richtige Richtung, doch zeigt die für 2026 angekündigte Preiserhöhung, dass solche

880 sozialverträglichen Mobilitätsangebote weder im Denken der politischen Verantwortlichen,

881 noch in den entsprechenden Finanzhaushalten sicher verankert sind. Als erste Maßnahme für

882 bezahlbare Mobilität muss das Deutschland-Ticket so von Bund und Ländern finanziert

883 werden, dass weitere Preiserhöhungen für Nutzer ausgeschlossen sind. Menschen mit

884 Behinderungen, Schüler und Rentner müssen darüber hinaus besonders entlastet werden. Dies

885 erfordert eine Ausweitung und Vereinfachung der bestehenden Vergünstigungen, um deren

886 Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nachhaltig zu fördern und zu sichern.

887 Der Schienenpersonennahverkehr ist das Rückgrat eines funktionierenden öffentlichen

888 Verkehrsnetzes und befindet sich in Landeskompetenz. Entscheidende Vorteile weist dieser

889 Verkehrsträger in den Bereichen Kapazität, Energieeffizienz, Unabhängigkeit vom

890 Straßenverkehr und Reisegeschwindigkeit auf. Deshalb wollen wir diesen ausbauen, damit

891 mehr und schnellere Verbindungen flächendeckender angeboten werden können.

892 Der Ausbau des Busverkehrs und der Zuganbindung in ländlichen Gebieten, die Schaffung bzw.

893 der Ausbau oder die Reaktivierung von eng getakteten S-Bahnlinien zwischen den größeren

894 Städten sowie die Verbesserung der Zugverbindungen in angrenzende Bundesländer sind  
895 Kernforderungen unserer Verkehrspolitik. Das Schienennetz gilt es durch überregionale Busse  
896 im Takt der Schienenverbindungen zu ergänzen.  
897 Das BSW fordert ein Landesförderprogramm für Ruftaxisysteme und Bürgerbusse im ländlichen  
898 Raum auf festen Linien und auch für Individualstrecken. Die Förderung von Carsharing-  
899 Angeboten sowie die Schaffung von Mitfahrglegenheits-Plattformen erleichtern es den  
900 Menschen, Fahrzeuge gemeinsam zu nutzen und die Anzahl der Fahrzeuge auf den Straßen zu  
901 reduzieren.  
902 Stillgelegte Streckennetze sollen für den Güter- und Personenverkehr durch die Aufnahme in  
903 den Bundesverkehrswegeplan reaktiviert werden.

#### 904 **10.3. Mehr Radwege**

905 Der Ausbau des Radverkehrs ist eine wichtige Maßnahme, um die Mobilität, Gesundheit und  
906 Umweltfreundlichkeit in Rheinland-Pfalz zu verbessern. Die Schaffung von sicheren und gut  
907 zugänglichen Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen, Haltestellen, Einkaufszentren und anderen  
908 öffentlichen Orten erleichtert es den Menschen, das Fahrrad als Verkehrsmittel zu nutzen. Ein  
909 breites Angebot von sicheren und gut ausgebauten Radwegen sowohl in urbanen als auch in  
910 ländlichen Gebieten ist entscheidend. Dafür ist der Abruf und Einsatz von Fördermitteln z.B.  
911 aus dem Nationalen Radverkehrsplan 3.0 des Bundes durch das Land zu verbessern.  
912 Die Einrichtung von Fahrradstraßen, Fahrradampeln, Fahrradüberführungen und  
913 Fahrradabstellplätzen an Kreuzungen und Verkehrsknotenpunkten trägt dazu bei, die  
914 Verkehrssicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer zu verbessern.  
915 Bei allen Punkten wollen wir mehr Bürgerbeteiligung und Zusammenarbeit, das heißt: Die  
916 Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie von Interessengruppen in Planungsprozesse und  
917 die Zusammenarbeit zwischen Behörden, Kommunen, Unternehmen und Verbänden sind  
918 entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung guter und  
919 zukunftsfähiger Mobilität in allen Bereichen. Wir streben generell eine Beschleunigung von  
920 Planfeststellungsverfahren für Verkehrsprojekte an.

921 **10.4. Nachhaltig – auch Planung und Finanzierung**

922 Der Staat steht in der Verantwortung, die ÖPNV-Finanzierung zu verstetigen und  
923 bestandssichernd auszugestalten. Bisherige Förderprogramme waren nicht nachhaltig und  
924 führten zu dem massiven Investitionsstau in allen Bereichen, den wir heute vorfinden. Wir  
925 fordern deshalb einen ÖPNV-Strukturfonds für Rheinland-Pfalz mit mehrjähriger Bindung, um  
926 Planung, Finanzierung, Beschaffung und Betrieb abzusichern.

927 Bei Infrastrukturinvestitionen müssen insbesondere die Kommunen besser von Bund und Land  
928 unterstützt werden. Auch hier gilt, dass Planungssicherheit bei allen Bau- und  
929 Strukturmaßnahmen nur durch eine Finanzierungsgarantie hergestellt werden kann.

930 Fahrgäste wünschen sich einfache Nutzungsoptionen über alle Verkehrsmittel hinweg:  
931 Moderne Mobilitätsplattformen müssen Bus, Bahn, Car-Sharing und Rad niedrigschwellig  
932 integrieren. Busse und Bahnen brauchen eigene Spuren, sichere und barrierefreie Ein- und  
933 Ausstiege und bevorzugte Ampelschaltungen. Wir setzen den Schwerpunkt auf Zuverlässigkeit,  
934 Pünktlichkeit und schnelleren Transit.

935 **10.5. Gute Löhne für gute Arbeit**

936 ÖPNV-Beschäftigte arbeiten oft unter schwierigen Bedingungen. Wir setzen uns  
937 flächendeckend für Tarifverträge, gute Löhne und sichere Arbeitsplätze im ÖPNV ein. Einen  
938 großen Anteil am Verkehrsdesaster haben nicht besetzbare Arbeitsplätze dringend benötigter  
939 Busfahrer oder Lokomotivführer. Neben dem allgemeinen Fachkräftemangel kommen im  
940 Verkehrssektor schlechte Entlohnung, hoher Arbeitsdruck und fehlende Aufstiegschancen  
941 hinzu. Sollen die eklatanten Besetzungslücken tatsächlich geschlossen werden, muss das  
942 Berufsbild der Fahrzeugführer deutlich aufgewertet und eine angemessene Entlohnung  
943 angeboten werden.

944 **10.6. 50 Jahre altes Versprechen umsetzen: Güterverkehr auf die Schiene**

945 Schon vor rund 50 Jahren wurde erkannt, dass der Güter- und Warenverkehr per LKW auf der  
946 Straße zu Problemen führt und ein Transport auf der Schiene günstiger und  
947 umweltverträglicher wäre sowie die Verkehrsbelastung des Straßennetzes deutlich gesenkt  
948 werden könnte. Schaut man sich an, wie sich auch heute LKW Stoßstange an Stoßstange  
949 bewegen, stellt sich die Frage, was in den vergangenen Jahrzehnten eigentlich für dieses

950 wichtige verkehrspolitische Ziel getan wurde. Das BSW hält deshalb an dem Ziel fest, den  
951 Güter- und Warenverkehr wo immer möglich auf die Schiene zu verlagern. Die Deutsche Bahn  
952 ist ein Staatsbetrieb, das ist gut so. Deshalb muss es politisch auch durchsetzbar sein, dass die  
953 Bahn die Preise für den Güterverkehr deutlich senkt, um mit dem Warentransport auf der  
954 Straße überhaupt konkurrieren zu können. Die Schienennetzplanung muss zwingend die  
955 Schienenanbindung von Umschlaganlagen und Logistikzentren beinhalten und  
956 schnellstmöglich baulich und verkehrstechnisch umsetzen. Mehr Güter auf der Schiene  
957 bedeuten weniger Staus, weniger Emissionen, weniger Straßenverschleiß und sparen langfristig  
958 Infrastrukturkosten in beträchtlicher Höhe. Mit diesen unwiderlegbaren Argumenten sollten  
959 Rheinland-Pfalz und die übrigen Bundesländer in der Lage sein, den Bund von dieser echten  
960 Verkehrswende zu überzeugen. Und natürlich muss auch Rheinland-Pfalz seine politischen  
961 Hausaufgaben machen, und landespolitische Kompetenzen für diese sinnvolle und  
962 durchführbare Verkehrswende auch einsetzen.

### 963 **10.7. Zu Fuß sicher ankommen und Städte für Menschen gestalten**

964 Zu Fuß gehen ist die natürlichste Mobilitätsform. Aber schmale, marode Gehwege sowie zu  
965 kurze Ampel-Grünphasen sind Ärgernis und Gefahrenquelle – besonders für ältere Menschen,  
966 Eltern mit Kinderwagen und Personen mit Behinderungen. Breitere Gehwege, bedarfsgerechte  
967 Querungshilfen, Fußgängerampeln und Beleuchtung mit gleichmäßiger Lichtverteilung  
968 machen einen Fußweg zum Spaziergang und Ortskerne attraktiver. Für uns gilt: Barrierefreie  
969 Wege sind Qualitätsmerkmale einer Stadt und verbessern die Aufenthaltsqualität. Straßen sind  
970 mehr als Verkehrsraum – sie sind öffentliche Räume.

### 971 **10.8. Barrierefreie Mobilität**

972 Mobilität ist nicht für alle gleich. Menschen mit Beeinträchtigungen, Ältere mit Rollator, Eltern  
973 mit Kinderwagen, Menschen mit Sehbehinderung – sie alle nutzen Mobilität anders. Eine  
974 gerechte Mobilitätspolitik denkt diese Menschen nicht als Ausnahmefall, sondern von Anfang  
975 an mit. Stufenfreie Züge und Busse müssen die Regel sein. Aufzüge müssen verlässlich  
976 funktionieren. Taktile Leitsysteme, Echtzeitinformationen in Brailleschrift und Sprachausgabe,  
977 klare und große Beschilderung sind Voraussetzung für Teilhabe. Servicepersonal sollte geschult  
978 sein, Menschen mit Behinderungen ohne Bevormundung zu unterstützen. Breite Zuwege für

979 Rollator und Rollstuhl, ebene Beläge ohne Stolperkanten, sichere Querungen mit ausreichend  
980 Überquerungszeit, Sitzplätze für Ältere – das ist nicht nur für Menschen mit Behinderungen  
981 hilfreich, das verbessert den ÖPNV für alle und beweist ganz praktisch Respekt. Nicht alle  
982 können oder wollen mit moderner Technologie umgehen. Herkömmliche Methoden für  
983 Information oder zum Erhalt von Fahrscheinen auf Papier müssen auch in der digitalen Welt  
984 gewährleistet sein.

985 **11. Innere Sicherheit und Rechtsstaat stärken, Corona konsequent aufarbeiten**

986 Rheinland-Pfalz braucht einen handlungsfähigen Staat, der Sicherheit gewährleistet und Recht  
987 durchsetzt. Wir fordern deshalb die gezielte Stärkung von Polizei und Justiz. Dafür braucht es  
988 bessere personelle Ausstattung, eine moderne Infrastruktur sowie den Abbau bürokratischer  
989 Hürden. Die Polizei muss flächendeckend präsent sein – insbesondere in strukturschwachen  
990 Regionen, wo sich Bürgerinnen und Bürger zunehmend alleingelassen fühlen. Wir wollen für  
991 eine zeitgemäße Ausrüstung der Polizei sorgen, insbesondere im Bereich des Selbstschutzes der  
992 Beamten. Den Herausforderungen bei Cybercrime und sonstigen Straftaten im Internet kann  
993 begegnet werden, indem die Polizei personell und technisch zur Bekämpfung und Verfolgung  
994 dieser Kriminalitätsform ausgerüstet wird.

995 Auch die Justiz muss wieder in die Lage versetzt werden, Verfahren zügig und gerecht zu  
996 bearbeiten: Dafür ist mehr Personal nötig und eine zügige Ausstattung mit modernen  
997 Kommunikationsmitteln und Bürotechnik zwingend. Gerade in Rheinland-Pfalz bleiben  
998 zehntausende Strafverfahren unerledigt, weil Amtsgerichte auf Grund unbesetzter  
999 Richterstellen nicht mehr handlungsfähig sind. Diese Personallücken kann man nicht mit dem  
1000 Argument des Fachkräftemangels abtun, denn sie sind ein ernst zu nehmendes  
1001 Sicherheitsrisiko, das schnellstmöglich abgewendet werden muss. Der Rechtsstaat darf kein  
1002 Papiertiger sein. Rheinland-Pfalz erlebt wie ganz Deutschland einen tiefgreifenden  
1003 Vertrauensverlust in Politik und Institutionen. Viele Bürger haben das Gefühl, dass der Staat  
1004 zwar immer stärker in ihr Leben eingreift, dabei aber seine Kernaufgaben vernachlässigt:  
1005 Sicherheit gewährleisten, Recht durchsetzen, Wohlstand sichern und gesellschaftlichen Frieden  
1006 ermöglichen. Das BSW tritt an, um diesen Trend umzukehren. Unser politisches Leitbild ist ein  
1007 souveräner und handlungsfähiger Staat, der den Menschen dient – nicht umgekehrt. Wir

1008 bekennen uns zu einer starken Demokratie, zu politische Entscheidungen auf Grundlage von  
1009 Vernunft, sozialer Verantwortung und Respekt vor der Lebensleistung der Bürgerinnen und  
1010 Bürger. Wir lehnen ideologische Polarisierung, gesellschaftliche Spaltung und eine Politik der  
1011 Bevormundung ab. Stattdessen wollen wir Zusammenhalt stiften, Leistung belohnen, Schwache  
1012 schützen und die kulturelle Identität unseres Landes bewahren.

1013 **11.1. Corona-Politik konsequent aufarbeiten**

1014 Die Corona-Pandemie war eine große Herausforderung – für die Gesellschaft und für jeden  
1015 Einzelnen. Viele Maßnahmen gingen weit über das notwendige Maß hinaus und führten zu  
1016 tiefgreifenden Einschränkungen von Grundrechten, deren Verhältnismäßigkeit nie offiziell  
1017 und öffentlich aufgearbeitet wurde. Kritische Stimmen aus Wissenschaft und Gesellschaft, die  
1018 frühzeitig auf Fehlentwicklungen hinwiesen, wurden diffamiert, ausgegrenzt oder mundtot  
1019 gemacht. Menschen, die sich aus Sorge vor möglichen Nebenwirkungen nicht impfen lassen  
1020 wollten, wurden oft pauschal unter Druck gesetzt oder gesellschaftlich benachteiligt.  
1021 Inzwischen ist deutlich geworden, dass zentrale Versprechen der Corona-Impfkampagnen nicht  
1022 eingehalten wurden. Die Risiken der neuartigen Impfstoffe wurden von den verantwortlichen  
1023 Politikern verharmlost.

1024 Auch auf Landes- und kommunaler Ebene in Rheinland-Pfalz gab es schwere  
1025 Fehlentscheidungen – etwa beim Umgang mit Schulschließungen oder der Sanktionierung und  
1026 Ausgrenzung ungeimpfter Bürgerinnen und Bürger vom öffentlichen Leben. Das BSW  
1027 Rheinland-Pfalz steht für echte Aufarbeitung statt Verschweigen. Wir fordern eine  
1028 unabhängige und transparente Aufarbeitung der Corona-Politik in einem  
1029 Untersuchungsausschuss des Landtages. Dazu gehört insbesondere eine systematische  
1030 Auswertung der Impfnebenwirkungen auf Grundlage aller verfügbaren Daten, etwa der  
1031 Krankenkassen und Melderegister. Wo solche Daten bislang fehlen, müssen sie erhoben und  
1032 wissenschaftlich ausgewertet werden. Dafür sind die entsprechenden Gelder bereitzustellen.  
1033 Das staatliche Handeln während der Corona-Jahre muss vollständig beleuchtet,  
1034 Entscheidungsprozesse offengelegt und politische Verantwortung klar benannt werden. Ziel ist  
1035 es, aus Fehlern zu lernen, Überreaktionen zu vermeiden und einen Handlungsplan für  
1036 zukünftige Pandemien zu erstellen.

1037 Wegen der völlig unzureichenden und mangelhaften Erfassung der Nebenwirkungen und der  
1038 Weigerung, die bisher vorliegenden Daten einer kritischen Analyse zu unterziehen, fordern wir  
1039 wegen des bisher bekannt gewordenen eklatanten Missverhältnisses von Wirkung und  
1040 Nebenwirkung, für sämtliche mit diesem gentechnischen Verfahren produzierten Substanzen  
1041 ein sofortiges Moratorium der Anwendung an gesunden Menschen, Tieren und Pflanzen.  
1042 Impfschäden müssen vollumfänglich entschädigt werden. Bei begründetem Verdacht auf einen  
1043 Impfschaden müssen Diagnostik, Therapie und Entschädigung staatlich übernommen werden.  
1044 Darüber hinaus setzen wir uns für ein Amnestie-Gesetz für Corona-Verstöße ein, wodurch  
1045 Bußgelder und Strafen gegen Bürgerinnen und Bürger im Zusammenhang mit Impfpflicht,  
1046 Kontaktverboten oder Ausgangssperren aufgehoben oder rückwirkend erlassen werden. Solche  
1047 Amnestie-Regelungen wurden bereits in anderen Ländern umgesetzt – etwa in Österreich oder  
1048 in Spanien. Und schlussendlich braucht es eine aufrichtige Entschuldigung der politisch  
1049 Verantwortlichen für die eklatante Ausgrenzung von Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die  
1050 sich kritisch mit der Coronapolitik auseinandergesetzt haben und dafür Herabwürdigungen,  
1051 Beleidigungen, Verleumdungen und den Verlust ihrer Bürgerrechte erleben mussten. Unser  
1052 Staat darf nie mehr so übergriffig auftreten und eine Spaltung der Gesellschaft selber aktiv  
1053 betreiben.

## 1054 **11.2. Ein starker Staat für Sicherheit und Recht**

1055 Ein handlungsfähiger Staat ist die Grundlage einer freien Gesellschaft. Rheinland-Pfalz benötigt  
1056 eine Polizei, die präsent, modern ausgestattet und personell gut aufgestellt ist. Wir stehen für  
1057 eine grundlegende Optimierung der Verwaltung. Unser Ziel ist ein Staat, der dient, statt  
1058 behindert. Überflüssige Aufgaben werden gestrichen, Verfahren gestrafft und digitale Lösungen  
1059 konsequent umgesetzt. Rheinland-Pfalz soll zum Vorreiter einer digitalen, schlanken und  
1060 bürgerorientierten Verwaltung werden. Wir fordern eine strenge demokratische Kontrolle des  
1061 Verfassungsschutzes. Parteiverbote sind kein Mittel demokratischer Auseinandersetzung,  
1062 sondern gefährden das Vertrauen in den Rechtsstaat. Wir sind der Überzeugung, dass  
1063 Sicherheit nicht primär durch repressives Handeln gewährleistet werden kann, sondern soziale  
1064 Gerechtigkeit und Chancengleichheit voraussetzt.

1065 Die Polizei hat ihre höchste Verpflichtung darin, unseren demokratischen Rechtsstaat zu  
1066 schützen und die Grundrechte der Bürger als Abwehrrechte gegen staatliche Eingriffe zu  
1067 garantieren. Alle Sicherheitsbehörden sind den verfassungsmäßigen Freiheitsgarantien als  
1068 höchstem Recht verpflichtet - nicht herrschenden Eliten, Parteipolitik oder Ideologien. Der  
1069 Schutz der Versammlungsfreiheit, der politischen Betätigung und der Meinungsfreiheit ist die  
1070 zentrale Aufgabe jeder Polizistin und jedes Polizisten – jeden Tag und überall im Land.  
1071 Besonders wichtig ist uns, dass aus rechtswidrigem Handeln niemand einen Vorteil hat. Dies  
1072 gilt im Einzelfall, besonders jedoch für den Bereich der organisierten Kriminalität. Wir  
1073 verurteilen jede Form von gewalttätigem Extremismus, sei er politisch oder religiös motiviert.  
1074 Der zunehmenden Radikalisierung insbesondere bei Minderjährigen stellen wir einen  
1075 inklusiven Maßnahmenansatz entgegen: Bildung, Prävention und zügige Justiz. Sicherheit  
1076 entsteht, wenn Prävention und Gesetzesvollzug Hand in Hand gehen – nicht durch immer  
1077 härtere Strafen. Kriminalität hat soziale Ursachen: Armut, Perspektivlosigkeit, fehlende  
1078 Bildung.

### 1079 **11.3. Rechtsstaat versus Überwachungsstaat**

1080 Der Rechtsstaat darf sich nicht unterwandern lassen. Eine Preisgabe von Räumen oder die  
1081 Resignation vor organisierter Kriminalität sind weder vernünftig noch gerecht. Wir wollen  
1082 unsere Polizei auf Augenhöhe mit kriminellen, terroristischen und extremistischen Strukturen  
1083 bringen. Wir haben primär die kriminellen Netzwerke im Blick, gewährleisten eine effiziente  
1084 Kriminalitätsbekämpfung auf der Grundlage des Legalitätsprinzips. Denn: Nur wer die großen  
1085 Fische fängt, schützt ehrliche Bürger. Alle Befugnisse müssen den Sicherheitsbehörden genau  
1086 die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen rechtlichen Handwerkzeuge geben und immer  
1087 eindeutige und klare Grenzen definieren. Ermächtigungsgrundlagen mit besonders hoher  
1088 Eingriffstiefe – wie die KI-basierte Auswertung von Bestandsdaten oder der automatisierte  
1089 Datenabgleich dürfen nur auf richterlichen Beschluss erfolgen und sind nur da erforderlich, wo  
1090 unsere Gesellschaft vor extremistischen, terroristischen oder schwersten Straftaten geschützt  
1091 werden muss. Wir lehnen Programme wie „Palantir“ ab, bei denen Datenschutz und  
1092 Grundrechte nicht gewährleistet sind und die in eine gefährliche Abhängigkeit von US-  
1093 Geheimdiensten und -Konzernen führen. Dennoch muss unsere Polizei mit einer zeitgemäßen

1094 Software für die technische Datenauswertung ausgestattet werden, die selbstverständlich  
1095 rechtsstaatlichen Anforderungen genügen muss. Sie muss daher einer strikten, richterlich  
1096 kontrollierten Anwendungsbegrenzung unterliegen, Datensicherheit garantieren und ihre  
1097 Datenflüsse und Logarithmen müssen vollständig nachvollziehbar sein. Wir verlangen die  
1098 strikte Begrenzung verdeckter Maßnahmen wie Quellen-Telekommunikationsüberwachung  
1099 und Online-Durchsuchung auf besonders schwerwiegende Einzelfälle. Wir wollen eine klare  
1100 gesetzliche Abgrenzung zwischen staatlichen und privaten Sicherheitsaufgaben. Dazu gehört,  
1101 dass bei hoheitlichen Aufgaben keine privaten Sicherheitsdienste eingesetzt werden und keine  
1102 Auslagerung von Verkehrsüberwachung an private Firmen stattfindet. Dem Einsatz Künstlicher  
1103 Intelligenz werden wir nur dann zustimmen, wenn die finale Entscheidung durch einen  
1104 Menschen getroffen wird. KI darf sich auf keinen Fall verselbständigen. Wir wollen, dass die  
1105 Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten zur Vermögensabschöpfung krimineller  
1106 Strukturen zum Standard wird. Der öffentliche Raum – Straßen, Plätze und Parks – muss  
1107 wieder zu einem unbeschwertem Aufenthaltsraum für die Menschen werden. Gewalt,  
1108 Straßenkriminalität, Fehlnutzungen und Verwahrlosung stehen den Freiheitsrechten der  
1109 Menschen und ihrem Wunsch nach gesellschaftlichen Begegnungsräumen entgegen.

#### 1110 **11.4. Mehr Personal und bessere Ausstattung für die Justiz**

1111 Ein moderner Rechtsstaat braucht eine Justiz, die effizient arbeitet und Vertrauen schafft. Wir  
1112 setzen auf Digitalisierung, ausreichendes Personal und rechtssichere Verfahren. Der  
1113 Strafvollzug soll der Resozialisierung dienen, gleichzeitig aber die Sicherheit der Bevölkerung  
1114 gewährleisten. Staatsanwaltschaften, Gerichte und das Personal der Justizvollzugsanstalten  
1115 arbeiten seit Jahren an ihrer Belastungsgrenze. Mehr Staatsanwälte und Richter sowie die  
1116 Digitalisierung von Arbeitsprozessen sollen den Verfahrensstau an den Gerichten auflösen  
1117 sowie eine schnellere Bearbeitung der Verfahren ermöglichen. Wer im Strafvollzugsdienst  
1118 arbeitet, sorgt für die Sicherheit von uns allen und verdient unseren besonderen Respekt. Wir  
1119 wollen die Belastung durch mehr Personal verringern und frühzeitig um Nachwuchs werben.  
1120 Wir wollen, dass IT- Systeme und Konzepte länderübergreifend einheitlicher werden, um die  
1121 Effektivität zu steigern und das Personal zu entlasten.

1122 Strafvollzug ist eine hoheitliche Aufgabe des Staates. Private Betreiber und private  
1123 Sicherheitsdienste in Gerichten und Justizvollzugsanstalten lehnen wir ab. Wir wollen dafür  
1124 sorgen, dass in Schulen und Universitäten verstärkt um Nachwuchs für Gerichte,  
1125 Staatsanwaltschaften und den Justizvollzug geworben wird. Um die Nachwuchsgewinnung zu  
1126 ermöglichen, wollen wir die juristischen Ausbildungsmöglichkeiten und Studienplätze  
1127 ausweiten. Davon sollen alle juristischen Bereiche profitieren. Wir wollen den Zugang des  
1128 Einzelnen zum Recht und das Wissen über seine Rechte stärker in die Allgemeinbildung  
1129 einbeziehen. Hierzu gehört die Vermittlung dieses Wissens bereits in der Schule. Da eine gute  
1130 Rechtsberatung keine Frage des persönlichen Geldbeutels sein darf, setzen wir uns für eine  
1131 Überarbeitung und Aktualisierung des Zugangs zu einer guten Rechtsberatung als Leistung der  
1132 Daseinsvorsorge auch für Menschen mit kleinem Einkommen ein. Für die Herausforderungen  
1133 aus KI und Cyber-Kriminalität sehen wir die Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden nicht  
1134 ausreichend gerüstet. Dem wollen wir mit der Einrichtung einer  
1135 Schwerpunktstaatsanwaltschaft und dem Aufbau entsprechender Abteilungen begegnen. Dafür  
1136 müssen gut ausgebildetes Personal requirierte werden und kontinuierliche  
1137 Fortbildungsmaßnahmen im IT-Bereich stattfinden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, ein  
1138 Regelwerk für den Umgang mit künstlicher Intelligenz in der Justiz und öffentlichen  
1139 Verwaltung zu erarbeiten und demokratisch zu legitimieren.

#### 1140 **11.5. Katastrophenvorsorge und Notfallversorgung als Staatsaufgabe**

1141 Die Ahrtal-Katastrophe hat das Versagen der bestehenden Strukturen offengelegt. Wir  
1142 erkennen die bisherigen Reformschritte an, fordern aber eine beschleunigte Umsetzung.  
1143 Prävention, regionale Krisenstäbe und funktionierende Alarmierungssysteme stehen im  
1144 Mittelpunkt unserer Katastrophenschutzpolitik. Der Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz  
1145 braucht dringend Zuwachs an gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auch bei  
1146 den Führungskräften. Zudem müssen Weiterbildungen im Bereich medizinischer und  
1147 Brandschutz- sowie Hilfeleistungskenntnisse gefördert werden. Ehrenamtlich Tätige müssen  
1148 stärker vor beruflichen Nachteilen geschützt werden. Die politische Instrumentalisierung des  
1149 Katastrophenschutzes als Werbung für die Führbarkeit von Kriegen sowie für die  
1150 Notwendigkeit einer vergrößerten Armee für zivile Amtshilfe lehnen wir ab. Zur

1151 Gewährleistung eines effektiven Systems der Gefahrenabwehr in unserem Bundesland müssen  
1152 künftig sämtliche Kapazitäten und Synergieeffekte genutzt werden, z.B. durch die stärkere  
1153 Einbindung von Betriebsfeuerwehren in Katastrophen-Schutzkonzepte. Im Bereich der  
1154 Notfallhilfe durch Feuerwehr, Rettungsdienst und die verschiedenen Organisationen des  
1155 Katastrophenschutzes setzen wir uns für die Einheit von guter Ausstattung, reichhaltiger  
1156 Qualifikation und breiter Würdigung des Engagements der Einsatzkräfte ein. Wir setzen uns  
1157 für eine Ausweitung der Vergünstigungen für Ehrenamtler in den verschiedensten  
1158 Lebensbereichen ein. Beschaffungsmaßnahmen der Kommunen, insbesondere im Bereich der  
1159 Anschaffung technischer Infrastruktur, müssen vom Land stärker unterstützt werden.

## 1160 **12. Kulturbetrieb dauerhaft absichern, Sport fördern**

1161 Kultur ist die geistige Grundlage für ein gelingendes und erfülltes Leben, für Freiheit und eine  
1162 demokratische Gesellschaft. Wir stehen für den Erhalt der kulturellen Vielfalt im Land und das  
1163 Recht auf barriere- und voraussetzungsfreien Zugang zu Kulturangeboten für alle, zu allen  
1164 Genres und in allen Lebensräumen.  
1165 Der Kulturbegriff muss weiter gefasst werden. Kunst ist ein wichtiges Mittel für die  
1166 Entwicklung sozialer Kompetenzen sowie zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wir setzen uns ein  
1167 für den Erlass eines Kulturfördergesetzes. Ein zentraler Bestandteil soll die Ausweitung und  
1168 Verfestigung der institutionellen Förderung gerade kleiner Einrichtungen im ländlichen Raum  
1169 sein. Auch drittmitteleinfinanzierte Projekte müssen abgesichert werden. Bestehende  
1170 Förderlücken – etwa zwischen institutioneller und projektbezogener Förderung – wollen wir  
1171 schließen. Die freie Szene verdient bessere Planbarkeit und langfristige Strukturen, etwa durch  
1172 Kulturstiftungen oder ähnliche Modelle.

### 1173 **12.1. Leuchttürme und lokale Kulturprojekte nachhaltig absichern**

1174 Kulturelle Leuchttürme wie das Staatstheater oder die Staatsphilharmonie müssen dauerhaft  
1175 erhalten bleiben. Die Finanzierung muss verlässlich, dynamisiert und bestandsichernd  
1176 ausgestaltet werden. Auch die Musik- und Kunstschulen im Land verdienen eine verbesserte  
1177 Unterstützung. Wir fordern eine soziale Zugangskomponente sowie eine tarifanaloge und  
1178 landeseinheitliche Absicherung freier Lehrkräfte. Die Volkshochschulen, Museen,

1179 Gedenkstätten, Bibliotheken, Galerien und Kinos bilden das Rückgrat der kulturellen  
1180 Grundversorgung und sollen strukturell gestärkt und von konjunkturellen Schwankungen  
1181 unabhängig gemacht werden. Soziokulturelle Einrichtungen erfüllen eine zentrale Funktion für  
1182 den gesellschaftlichen Zusammenhalt, insbesondere im ländlichen Raum. Sie müssen verlässlich  
1183 finanziert und weiterentwickelt werden. Auch die lokale kulturelle Infrastruktur wie Chöre  
1184 oder Heimatmuseen gehört zur kulturellen Vielfalt des Landes.

## 1185 **12.2. Breiten- und Leistungssport fördern**

1186 Die Förderung und Weiterentwicklung des Sportes, der sportlichen Einrichtungen und des  
1187 Ehrenamtes im Sport haben für das BSW eine hohe Priorität. Die gilt gleichermaßen für den  
1188 Breitensport und den Leistungssport. Wir wollen gemeinsam mit den Vereinen und Verbänden  
1189 eine sportpolitische Agenda erarbeiten und einen Zukunftsplan Sport mit verbindlichen  
1190 Handlungsempfehlungen entwickeln. Kommunen wollen wir bei Investitionen und laufenden  
1191 Finanzierungen von bedarfsgerechten Sportangeboten für Kinder, Jugendliche und Senioren  
1192 unterstützen. Der Sportstättenbau und die Sportstättensanierung sollen mehr als bisher  
1193 gefördert werden.

1194 Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen niedrigschwellige  
1195 Angebote für eine sinnvolle sportliche Betätigung erhalten. Dazu sollen passgenaue  
1196 Förderprogramme für alle Gruppen entwickelt werden, die insbesondere auf eine  
1197 gesundheitsfördernde Bewegung ausgerichtet sind. Der Schulsport ist zu stärken und  
1198 auszubauen. Es ist ein Skandal, dass viele Kinder nicht mehr Schwimmen lernen, weil sich  
1199 Kommunen keine Schulschwimmbecken mehr leisten können.

## 1200 **13. Für eine realistische und gerechte Zuwanderungspolitik**

1201 Das Grundrecht auf Asyl für verfolgte Menschen ist eine wichtige Errungenschaft nach dem  
1202 Zweiten Weltkrieg. Für dieses Grundrecht steht das BSW ein. Doch wir sehen auch: Die  
1203 Vermischung von Asylrecht mit unkontrollierter Massenzuwanderung hat in den letzten zehn  
1204 Jahren zur Überforderung vieler Kommunen geführt – auch in Rheinland-Pfalz. Die wachsende  
1205 Unzufriedenheit und Unsicherheit vieler Bürger ist ein ernstzunehmendes Signal. Durch  
1206 mangelnde Integration können auch Parallelgesellschaften und Clan-Strukturen entstehen, in

1207 denen nicht deutsch gesprochen wird, die von organisierter Kriminalität leben und häufig  
1208 einem militanten Islamismus anhängen. Diese Strukturen gefährden nicht nur unsere  
1209 Sicherheit. Sie spalten unsere Gesellschaft. Leidtragende sind auch Menschen mit  
1210 Migrationshintergrund, die seit vielen Jahren hier leben, zum Wohlstand unseres Landes  
1211 beigetragen haben und gut in unsere Gesellschaft integriert sind. Unser Ziel ist eine  
1212 menschliche Asylpolitik, die klare Regeln setzt: Hilfe für Verfolgte – ja. Aber keine Anreize für  
1213 ungeregelte Einwanderung. Asylverfahren sollen an den EU-Außengrenzen oder in sicheren  
1214 Drittstaaten durchgeführt werden – nicht erst in deutschen Großstädten. Zu einer gerechten  
1215 Migrationspolitik gehört auch, dass keine Gruppe bevorzugt wird, wie es bei den Geflüchteten  
1216 aus der Ukraine der Fall ist. Wir fordern die schnellere Abschiebung von Menschen ohne  
1217 Bleiberecht – insbesondere von Straftätern und solchen, die das Asylrecht missbrauchen. Wer  
1218 sich illegal in Deutschland aufhält, hat keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Wer dauerhaft  
1219 nicht bleiben darf, muss das Land verlassen. Für ausreisepflichtige Personen soll es künftig nur  
1220 noch Sachleistungen geben. Integration kann nur gelingen, wenn die Zahl der Zugewanderten  
1221 unsere Gesellschaft nicht überfordert. Um Integration zu ermöglichen, braucht es frühzeitige  
1222 Sprachförderung. Ehrenamtliche Sprachkurse wollen wir ausbauen und gezielt unterstützen –  
1223 insbesondere im ländlichen Raum, wo Integrationsangebote bislang oft schwer erreichbar sind.  
1224 Bei vergleichbarer Qualifikation sollen ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkannt  
1225 werden. Wer arbeiten kann, soll das auch tun – schon während des Asylverfahrens. So  
1226 entlasten wir die Sozialsysteme und fördern Integration. Eine Migrationspolitik, die für  
1227 Struktur sorgt und Integration ermöglicht, ist kein Widerspruch – sie ist die Grundlage für  
1228 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Rheinland-Pfalz braucht eine verlässliche Steuerung statt  
1229 einer Politik der Überforderung. Wir lehnen eine Sündenbock-Strategie ab, die sich  
1230 grundsätzlich gegen Menschen anderer Herkunft richtet und setzen uns für aktive und  
1231 gelingende Integration ein.

### 1232 **13.1. Gesellschaftliche Akzeptanz ist Voraussetzung**

1233 Ein modernes Migrationskonzept muss gerecht und human sein. Integration gelingt nur, wenn  
1234 Aufnahme und Unterstützung leistbar und geordnet erfolgen und von beiderseitiger  
1235 Verantwortung geprägt sind. Rheinland-Pfalz steht wie ganz Deutschland vor der Aufgabe,

1236 Migration so zu gestalten, dass sie Chancen eröffnet, ohne die sozialen und strukturellen  
1237 Systeme zu überlasten. Dabei muss klar unterschieden werden zwischen Migration in den  
1238 Arbeitsmarkt, die unsere Wirtschaft stärkt, und Migration in das Sozialsystem, die begrenzt und  
1239 gesteuert werden muss. Humanität und Ordnung sind keine Gegensätze – sie bedingen  
1240 einander. Nur wenn Zuwanderung nachvollziehbar und gerecht gesteuert wird, bleibt sie  
1241 gesellschaftlich akzeptiert.

### 1242 **13.2. Steuerung und Begrenzung der Migration**

1243 Migration darf kein Zufallsprozess sein. Aufnahme muss planbar, fair und realistisch bleiben –  
1244 für Staat, Gesellschaft und die Menschen, die zu uns kommen. Überforderung in Schulen,  
1245 Verwaltungen oder auf dem Wohnungsmarkt gefährden den sozialen Frieden. Rheinland-Pfalz  
1246 braucht eine klare Linie: Schutz für die Schutzbedürftigen, Perspektiven für die  
1247 Leistungswilligen und Konsequenzen bei Missbrauch. Wie viele Asylsuchende auf die  
1248 einzelnen Bundesländer bzw. Kommunen und Erstaufnahmeeinrichtungen verteilt werden,  
1249 bestimmt der sogenannte Königsteiner Schlüssel. Insbesondere Kommunen beklagen jedoch,  
1250 dass die Kriterien des Königsteiner Schlüssels kaum die soziale Realität vor Ort widerspiegeln.  
1251 Um Behörden, Bildungseinrichtungen oder den lokalen Wohnungsmarkt zu entlasten, sahen  
1252 sich bereits in der Vergangenheit einige Kommunen in Rheinland-Pfalz veranlasst, zeitlich  
1253 begrenzte Aufnahme-Stopps zu verhängen. Dies kann jedoch nur die Ultima Ratio sein.  
1254 Deshalb müssen die realen Bedingungen vor Ort bei der Verteilung von Asylsuchenden  
1255 wesentlich besser erfasst und in einen reformierten Kriterienkatalog aufgenommen werden, der  
1256 die Grundlage des Verteilverfahrens bilden soll. Für Kommunen mit verfestigten  
1257 Strukturproblemen und dauerhaft prekärer Haushaltslage muss ein verminderter  
1258 Verteilungsschlüssel angewandt werden. Mit Herkunftsländern wie Irak, Afghanistan oder  
1259 Katar sind verbindliche Rückführungsabkommen zu treffen, die konsequent umgesetzt werden  
1260 müssen. Wird die Ausweisung angeordnet, müssen Ausreisepflichtige konsequent und schnell  
1261 zurückgeführt werden.

### 1262 **13.3. Handlungsfähige Behörden**

1263 Effiziente Behörden sind die Grundlage jeder erfolgreichen Integrationspolitik. Überlastete  
1264 Ämter, lange Wartezeiten und unklare Zuständigkeiten schwächen nicht nur das Vertrauen der

1265 Bevölkerung, sondern auch die Integrationschancen der Zugewanderten. Digitalisierung,  
1266 Personalaufbau und klare Verfahren sind zentrale Bausteine für eine funktionierende  
1267 Verwaltung. Ausländerbehörden, Jobcenter, Sozialämter und BAMF-Landesstellen müssen  
1268 strukturell miteinander verzahnt werden und eine koordinierte Zusammenarbeit pflegen.  
1269 Doppelstrukturen sollten vermieden werden, dies spart Zeit, Geld und Ressourcen. Wir wollen  
1270 ein digitales Landesportal für Aufenthalt, Asyl und Arbeitsgenehmigungen, das Verfahren  
1271 bündelt und beschleunigt. Insbesondere Kommunen benötigen mehr Fachpersonal, damit  
1272 verbindliche Bearbeitungsfristen eingehalten und Verfahren insgesamt planbarer und für alle  
1273 Beteiligten transparenter werden. Clan-Strukturen und organisierte Kriminalität müssen  
1274 konsequent verfolgt werden. Ausländer, die sich schwerer Straftaten schuldig gemacht haben,  
1275 müssen umgehend abgeschoben werden.

#### 1276 **13.4. Integration ab dem ersten Tag**

1277 Wer in Deutschland lebt, muss sich an die hier geltenden Regeln halten und Teil unserer  
1278 Gesellschaft werden wollen. Integration beginnt nicht nach Monaten, sondern vom ersten Tag  
1279 an. Wer in Rheinland-Pfalz ankommt, soll schnell die Sprache lernen, Arbeit finden und Teil  
1280 der Gesellschaft werden können. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel. Die Leitlinie einer  
1281 gelingenden Integration muss lauten: Arbeit vor Sozialleistung. Ab dem Tag der Einreise und  
1282 unabhängig vom Stand des Asylverfahrens sollen Asylsuchende ein Arbeitsverhältnis antreten  
1283 können, denn Beschäftigung ist der Schlüssel erfolgreicher Integration. Wo noch nicht  
1284 geschehen, müssen entsprechende Gesetzesänderungen vorgenommen werden. Dazu gehören  
1285 gezielte Kontrollen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Jobcentern, Familienkassen und  
1286 Ausländerbehörden, um Mehrfachleistungen zu verhindern. Sprachkurse und ein  
1287 Kindergartenjahr für die Kinder der Zugewanderten müssen ab dem ersten Tag verpflichtend  
1288 angeboten und wahrgenommen werden. Dafür müssen von staatlicher Seite alle notwendigen  
1289 Ressourcen und Strukturen zur Verfügung gestellt und nachhaltig werden. Auch hier gilt, dass  
1290 die Kommunen als letztes Glied der Kette nicht auf den Kosten sitzen bleiben dürfen.

#### 1291 **13.5. Gesellschaftliche Stabilität und Gewaltprävention**

1292 Eine gelungene Integrationspolitik fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt und schützt vor  
1293 Spannungen. Davon sind wir allerdings weit entfernt. Rechtsextremistische Gewalttaten gegen

1294 Ausländer haben in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen, genauso wie der Anteil von  
1295 Migranten bei Gewaltdelikten unvermindert hoch ist. Entscheidende Gründe sind die  
1296 allgemeine Verharmlosung des Rechtsextremismus einerseits und Denk- und Sprechverbote  
1297 andererseits. Es ist nun höchste Zeit, dass der gesellschaftliche Mainstream, allen voran die  
1298 Medien, die Realitäten der Migration erkennen, akzeptieren und Lösungen suchen, statt aus  
1299 politischem Kalkül zu schweigen oder zu versuchen, Probleme unter den Teppich zu kehren.  
1300 Wenn die verschiedenen Bevölkerungsgruppen sich besser kennenlernen und miteinander  
1301 kommunizieren, wird dies fast automatisch dazu führen, dass Gewaltbereitschaft sinkt und  
1302 Gewalttaten abnehmen. Insbesondere brauchen wir ein Vielfaches an geschultem Fachpersonal  
1303 für die Bewältigung von Traumafolgen und wesentlich mehr Therapieplätze. Sind die zivilen  
1304 und integrativen Mittel erschöpft, müssen geltende Gesetze schnell und konsequent greifen und  
1305 angewandt werden.

1306 **13.6. Ursachen von Migration bekämpfen**

1307 Langfristig kann Migration nur gesteuert und vermindert werden, wenn ihre Ursachen vor Ort  
1308 bekämpft werden. Hauptfluchtursachen sind Kriege, Bürgerkriege, soziale Ungleichheit und  
1309 Armut. Rheinland-Pfalz muss sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Politik einsetzen, die  
1310 Kriege, Krisen und Ungleichheit an der Wurzel packt und dafür Lösungen findet. Das BSW  
1311 steht für eine sozial gerechte und friedliche Politik. Mit uns wird es keine Aufrüstung, keine  
1312 Rüstungsexporte und keine finanzielle Beteiligung an Kriegen und Krisenherden geben. Würde  
1313 man die aberwitzigen Summen, die jährlich für Aufrüstung und Kriege ausgegeben werden, für  
1314 humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit investieren, wären Fluchtursachen schnell  
1315 und langfristig beseitigt.

1316 **14. Weinbau, Landwirtschaft, Tourismus – Identität und Wirtschaftsfaktor**

1317 Rheinland-Pfalz ist ein Land, das traditionell und strukturell eng mit der Landwirtschaft, dem  
1318 Weinbau, der Forstwirtschaft und dem Tourismus verbunden ist. Rund 47 Prozent der  
1319 gesamten Landesfläche werden landwirtschaftlich genutzt – ein Wert, der belegt, wie stark die  
1320 Ernährungssicherung, die Kulturlandschaft und der ländliche Raum vom Einsatz der  
1321 Landwirtinnen und Landwirte abhängen. Die Landwirtschaft bildet nicht nur die Basis unserer

1322 Lebensmittelversorgung und trägt zur Ernährungssicherheit bei, sondern stellt auch einen  
1323 erheblichen Wirtschaftsfaktor dar. Gleichzeitig befindet sich der Sektor in einem tiefgreifenden  
1324 Wandel, den man durchaus als Krise bezeichnen kann: Klimatische Veränderungen, steigende  
1325 Preise für Energie, Saatgut und Düngemittel sowie ein generell inflationsgeprägtes Umfeld  
1326 setzen viele Betriebe unter Druck. Hinzu kommt die schwindende gesellschaftliche und  
1327 politische Wertschätzung, die in vielen Höfen für Frust sorgt. Dabei ist gerade die kleinteilige  
1328 und mittelständische Struktur, wie sie in Rheinland-Pfalz noch erhalten ist, ein wertvolles Gut,  
1329 das es unbedingt zu schützen gilt.

1330 **14.1. Familienbetriebe unterstützen und fördern**

1331 Ein zentrales Anliegen besteht deshalb darin, die Landwirtschaft in ihrer wirtschaftlichen  
1332 Tragfähigkeit zu stabilisieren und langfristig abzusichern. Dazu gehört Preisstabilität ebenso  
1333 wie der Erhalt bestehender Steuervorteile, etwa beim Agrardiesel. Besonders die Entwicklung  
1334 der letzten Jahre zeigt die dramatische Lage: Stickstoffdünger verteuerte sich zwischen 2021  
1335 und 2023 um rund 75 Prozent, Saatgutpreise stiegen um etwa 30 Prozent, und die Energiepreise  
1336 haben sich teilweise verdoppelt. In Rheinland-Pfalz gibt es rund 16.000 landwirtschaftliche  
1337 Betriebe, von denen ein Großteil klein- und mittelständisch ist. Doch die Zahl schrumpft  
1338 deutlich – allein zwischen 2010 und 2020 ging die Anzahl der Betriebe um etwa 15 Prozent  
1339 zurück. Viele Familienbetriebe stehen vor existenziellen Herausforderungen. Um diesen Trend  
1340 zu stoppen, bedarf es gezielter Förderung junger Landwirtinnen und Landwirte, Förderung  
1341 junger Landwirtinnen und Landwirte, erleichterter Hofübergaben durch umfassende  
1342 Beratungsangebote und den Abbau steuerlicher Hindernisse, um Hofübergaben nicht zu  
1343 erschweren. Kooperationen wie Maschinenringe oder solidarische Landwirtschaftsmodelle  
1344 sollten weiter gestärkt werden. Ebenso wichtig ist der Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten  
1345 – von der Produktion über die Verarbeitung bis hin zur Vermarktung. Klare  
1346 Herkunfts kennzeichnungen, regionale Produktregale im Handel und verlässliche  
1347 Vertragsmodelle können helfen, die Abhängigkeit von großen Handelskonzernen zu  
1348 reduzieren und die Sichtbarkeit regionaler Produkte zu erhöhen. Auch Schutzzölle auf  
1349 bestimmte Importe sowie ein Abbau unnötiger Bürokratie sind notwendig, um kleinen und

1350 mittleren Betrieben wieder mehr Luft zum Atmen zu verschaffen. Die Verwaltung muss als  
1351 Dienstleister für Betriebe und Verbraucher funktionieren und nicht als Hemmschuh.

#### 1352 **14.2. Hochwertige Nutzflächen schützen und erhalten**

1353 Ein weiteres wichtiges Thema ist der Bodenschutz. Die fortschreitende Versiegelung  
1354 landwirtschaftlicher Nutzflächen gefährdet nicht nur die Produktion, sondern auch Klima- und  
1355 Artenschutz. Neue Photovoltaik- und Windkraftanlagen sollten daher vorrangig auf bereits  
1356 versiegelten Flächen entstehen. Zugleich ist die Förderung umwelt- und bodenschonender  
1357 Techniken und Anbausysteme eine Investition in die Zukunftssicherheit des Landes.  
1358 Landwirtschaftliche Schulen, Dienstleistungszentren sowie wissenschaftliche Einrichtungen  
1359 müssen stärker vernetzt und finanziell unterstützt werden. Auch die Feldwirtschaft verlangt  
1360 nach neuen Impulsen. Weniger Monokulturen, vielfältige Fruchtfolgen, Blühflächen,  
1361 Feldränder und mehr kleinteilige Strukturen stärken das Ökosystem und fördern Insekten- und  
1362 Artenvielfalt. In Regionen wie Rheinhessen könnten zusätzliche Bäume und Hecken  
1363 Winderosion verhindern und Tieren Schutz bieten. Die Förderung trockenheitsresistenter  
1364 Arten sowie eine vernünftige Diskussion über Wild- und Jagdpolitik sind weitere Bausteine.

#### 1365 **14.3. Weinbau zukunftsfähig machen**

1366 Eine besondere Bedeutung für Rheinland-Pfalz hat der Weinbau. Mit mehr als 60.000 Hektar  
1367 Rebfläche und sechs von dreizehn deutschen Anbaugebieten finden mehr als 65 Prozent der  
1368 deutschen Weinproduktion in unserem Land statt. Viele Weinbaubetriebe geraten jedoch  
1369 aktuell in Existenznot. Drohende Betriebsaufgaben und Insolvenzen im größeren Ausmaß  
1370 verdeutlichen die Krise. Insbesondere kleinere Weingüter sind betroffen. Die Forderungen der  
1371 „Zukunftsinitiative Deutscher Weinbau“, darunter Mindestpreise und eine Erhöhung des  
1372 deutschen Weinanteils im Handel, sind daher nachvollziehbar. Nötig sind zudem ein EU-weites  
1373 Moratorium für neue Anbauflächen, angepasste Stilllegungsprogramme und der Erhalt  
1374 traditioneller Kulturflächen wie Steillagen. Diese sind nicht nur landschaftsprägend, sondern  
1375 dienen auch dem Erosionsschutz und der Artenvielfalt. Neue Rebsorten, pilzwiderstandsfähige  
1376 Sorten sowie flexiblere Regularien könnten Winzerinnen und Winzern helfen, sich besser auf  
1377 den Klimawandel einzustellen.

1378 **14.4. Gleichwertiges Leben in Stadt und Land**

1379 Der ländliche Raum mit seinen Städten und Dörfern ist für die Identität von Rheinland-Pfalz  
1380 genauso wichtig wie die großen Städte. Leider wurde aber über Jahrzehnte durch falsche  
1381 Politik das Leben im ländlichen Raum immer unattraktiver gemacht, sodass der  
1382 Altersdurchschnitt in den ländlichen Regionen immer mehr steigt. Durch den Abbau der  
1383 öffentlichen Daseinsvorsorge wie medizinischer Versorgung, ÖPNV oder Abbau von  
1384 kulturellen Angeboten möchten sich immer weniger Menschen im ländlichen Raum nieder-  
1385 lassen. Unser Ziel ist es, dass das Verhältnis zwischen Stadt und Land wieder ausgeglichen ist  
1386 und es wieder für Alt und Jung attraktiv wird, auf dem Land zu wohnen. Das BSW setzt sich  
1387 entschieden für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein. Wir glauben an eine  
1388 Politik, die unabhängig von ihrem Wohnort gleiche Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger  
1389 sicherstellt und die Vielfalt unserer Regionen würdigt. Der ländliche Raum ist nicht nur  
1390 Produktionsstandort, sondern Lebensraum. Ein gleichwertiges Leben in Stadt und Land ist  
1391 möglich, wenn Infrastruktur, ärztliche Versorgung, Bildung und Mobilität verbessert werden.  
1392 Kommunen brauchen finanzielle Unterstützung, um Dorfkerne zu erhalten,  
1393 Mehrgenerationenmodelle zu fördern und soziale Treffpunkte wie Vereine, Gasthäuser oder  
1394 Jugendclubs zu stärken. Der Ausbau schneller Internetverbindungen, die Stärkung der  
1395 Nahversorgung sowie steuerliche Anreize für naturnahe Begrünung und Dorfverschönerung  
1396 tragen dazu bei, die Lebensqualität zu erhöhen.

1397 **14.5. Tourismus im Einklang mit anderen Interessen**

1398 Mit seinen historischen Städten, Kunst- und Kulturschätzen sowie den landschaftlich reizvollen  
1399 Regionen hat Rheinland-Pfalz eine große Anziehungskraft für Besucher aus aller Welt. Um das  
1400 erreichte Niveau auszubauen oder wenigstens zu erhalten, bedarf es erheblicher  
1401 Anstrengungen, die verfügbaren Fachkräfte zu halten und neue zu gewinnen. Voraussetzung  
1402 dafür ist eine faire Bezahlung, vernünftige Arbeitsbedingungen und eine praxisorientierte  
1403 Ausbildung. Diese in den Tourismus fließenden Ressourcen müssen besser genutzt werden,  
1404 zum Nutzen der Touristen, der Bewohner vor Ort, aber auch der Beschäftigten. Wir  
1405 unterstützen die Vernetzung von Freizeit- und Kultureinrichtungen, regionalen Produkten  
1406 sowie Gastronomie- und Beherbergungsbetrieben, um die Wertschöpfung im Land zu erhöhen.

1407 Der Tourismus stellt einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar – mit rund 26 Millionen  
1408 Übernachtungen jährlich und rund 150.000 gesicherten Arbeitsplätzen. Besonders der  
1409 Weintourismus ist ein internationales Aushängeschild des Landes. Künftig sollte die  
1410 Entwicklung touristischer Angebote im Einklang mit den Interessen der Einwohner erfolgen.  
1411 Angebote im Bereich Naturerlebnis, Wander- und Radtourismus sowie Wassertourismus haben  
1412 großes Potenzial. Eine „Rheinland-Pfalz-Card“, die Landwirtschaft, Kultur und Gastronomie  
1413 verbindet, könnte die Identität des Landes stärken und Synergieeffekte zwischen den Branchen  
1414 schaffen.

## 1415 **15. Klima- und Umweltschutz ideologiefrei, Energie aus Bürgerhand**

1416 Klima- und Umweltschutz brauchen Vernunft und Akzeptanz und weniger nutzlosen  
1417 Aktionismus und Verbote, die zu Recht von den Menschen als Bevormundung und Gängelung  
1418 empfunden werden. Die Veränderung des Weltklimas und die Zerstörung unserer natürlichen  
1419 Lebensgrundlagen sind sich gegenseitig verstärkende Phänomene, die die Politik nicht  
1420 ignorieren darf. Zu einer seriösen Klima- und Umweltpolitik gehört aber Ehrlichkeit: Die  
1421 Energieversorgung Deutschlands lässt sich im Rahmen der heutigen Technologien aktuell nicht  
1422 allein durch erneuerbare Energien sichern. Blinder Aktivismus und undurchdachte  
1423 Maßnahmen helfen dem Klima nicht, aber sie gefährden unsere wirtschaftliche Substanz,  
1424 verteuern das Leben der Menschen und untergraben die öffentliche Akzeptanz sinnvoller  
1425 Klimaschutzmaßnahmen. Der wichtigste Beitrag, den unser Land zur Bekämpfung von  
1426 Klimawandel und Umweltzerstörung leisten kann, ist die Entwicklung innovativer  
1427 Schlüsseltechnologien für eine ressourcenschonende, klimaneutrale und naturverträgliche  
1428 Kreislaufwirtschaft der Zukunft. Wir setzen auf regionale Lösungen, Bürgerbeteiligung,  
1429 dezentrale Energieversorgung und soziale Ausgewogenheit. Kommunen und Anwohner sollen  
1430 von der Energiewende profitieren, deswegen wollen wir die Stromnetze in öffentliches  
1431 Eigentum überführen - das schafft Sicherheit und Transparenz. Die notwendigen, natürlichen  
1432 Ressourcen in Rheinland-Pfalz sind vorhanden: Wind, Sonne, Wasserkraft, Biomasse und  
1433 Geothermie im Oberrheingraben müssen weiterentwickelt und gezielt genutzt werden. Dabei  
1434 sind Wirtschaftlichkeit und kurze Wege zwischen Erzeugung und Verbrauch besonders zu  
1435 berücksichtigen. Die Nutzung erneuerbarer Energien für den Eigenverbrauch von Industrie

1436 und privaten Haushalten sollten bürokratiearm und in schlanken Genehmigungsverfahren  
1437 ermöglicht werden. Hier trägt die Landespolitik die Verantwortung für einen einfachen  
1438 Genehmigungsprozess und eine direkte, schnelle Netzanbindung. Perspektivisch braucht die  
1439 Wirtschaft aufgrund der steigenden dezentralen Energieerzeugung mehr Ansprechpartner vor  
1440 Ort. Deshalb sollten Länder und Kommunen generell mehr Zuständigkeiten vom  
1441 Bundesgesetzgeber übertragen bekommen. Die Energieagentur Rheinland-Pfalz hat sich  
1442 aufgrund ihres regionalen Ansatzes und ihrer punktgenauen, kostenfreien Beratung sehr  
1443 bewährt und sollte fortgeführt und insbesondere für den Mittelstand intensiviert werden.

1444 **15.1. Strategien für wirtschaftlich sinnvolle, klimaneutrale Energieversorgung**

1445 Für unsere heimische Wirtschaft sind leistungsfähige, flexible und sichere Energienetze der  
1446 Schlüssel für eine zukunftsfähige und auf erneuerbaren Energien beruhenden  
1447 Energieversorgung. Die Politik muss sicherstellen, dass Energieerzeugung und -verbrauch  
1448 zukünftig deutlich dynamischer und intelligenter funktioniert. Bei stabilen Energiepreisen sind  
1449 Erzeuger, Verbraucher und notwendige Speichertechnologien zusammenzuführen, ohne die  
1450 internationale Wettbewerbsfähigkeit aus dem Blick zu verlieren. Hierfür braucht unsere  
1451 Wirtschaft zwingend regionale Netzkonzepte, die das Zusammenwachsen der drei Sektoren  
1452 Strom, Wärme und Verkehr vorausschauend berücksichtigen und sicherstellen. Das  
1453 Anwachsen der Elektromobilität, die zunehmende Elektrifizierung des Wärmebereichs oder die  
1454 Umstellung ganzer Wirtschaftsbranchen auf elektrifizierte Prozesse benötigt ein Energiesystem,  
1455 welches sicher, günstig, flexibel, adaptiv und digital gesteuert wird. Sichere und bezahlbare  
1456 Energie muss Vorrang haben vor überstürzten und unrealistischen Ausbauzielen. Stärkeres  
1457 Augenmerk muss die Politik deshalb zukünftig auf die Speicherfrage lenken. Dies ist für einen  
1458 Industriestandort wie Deutschland unerlässlich. Aktuell sind wir von einem dezentralen und  
1459 intelligent gesteuerten Energiemanagement noch weit entfernt und hier hilft uns  
1460 „Schönreden“ nicht weiter. Gerade für die Umsetzungsstrategien einer nachhaltigen  
1461 Energiepolitik braucht es eine Abkehr von den kartellartigen Strukturen im Energiemarkt und  
1462 eine gezielte Bereitstellung von Risikokapital.

1463 **15.2. Sozial gerechter Umbau der Energieversorgung ist ein Muss**

1464 Die günstige und ausreichende Versorgung mit Energie ist ein Grundrecht der Bürgerinnen und  
1465 Bürger. Daran muss die Landespolitik ihre Energie- und Förderpolitik messen lassen. Aktuell  
1466 profitiert jedoch nur ein kleiner, privilegierter Teil der Bevölkerung von der Energiewende und  
1467 den damit verbundenen staatlichen Förderprogrammen - das muss sich sofort und dauerhaft  
1468 ändern. Insbesondere im Bereich der Elektromobilität orientiert sich die Förderung an  
1469 Vermögenden und Besserverdienenden, denn mit einem durchschnittlichen Einkommen  
1470 können weder Anschaffung noch Unterhaltung derzeitiger E-Modelle sorgenfrei gestemmt  
1471 werden. Das ist ein asozialer Politikansatz. Wir benötigen eine Förderpolitik, die sich auf  
1472 kleine, bezahlbare E-Autos und Angebote von Sozialleasing nach französischem Vorbild  
1473 konzentriert. Der Ausbau von Solaranlagen und Batteriespeichern wird derzeit zum Großteil  
1474 von der Bürgerschaft vor Ort getragen. Diese große Leistung wird ausdrücklich anerkannt. Der  
1475 richtige Ansatz „Energie aus Bürgerhand“ muss auch auf den weniger kapitalkräftigen Teil der  
1476 Bürgerschaft ausgeweitet werden. Die Gewinne dieser Stromerzeugung sollen damit den  
1477 Bürgern zugutekommen. Die an sich kostengünstige Energie der Erneuerbaren muss endlich im  
1478 Portemonnaie der Verbraucher ankommen. Klimaschutz muss sich rechnen und nicht das  
1479 Leben immer teurer machen. Hier brauchen wir insbesondere in Rheinland-Pfalz für die  
1480 finanzienschwachen Haushalte, aber auch für Menschen in Miete gezielte Förderprogramme. Dies  
1481 gilt explizit auch für den Wärmebereich. Wir lehnen die „schleichende Enteignung“ des  
1482 Normalverdieners, der sich die vielen wünschenswerten Erneuerungen im Gebäudebereich  
1483 nicht leisten kann, entschieden ab. Konzepte mit einer hohen Bürgerbeteiligung ist ein  
1484 besonderes Augenmerk zu geben. Bürgerenergiegenossenschaften oder regionale, öffentliche  
1485 Energieagenturen leisten einen erheblichen Beitrag, um eine Wertschöpfung vor Ort  
1486 sicherzustellen und auch Menschen mit kleinem Geldbeutel an der Energiewende zu beteiligen.  
1487 Nur mit Akzeptanz vor Ort und sozial gerecht ausgestalteten Energiekonzepten macht der  
1488 Umbau unserer Energieversorgung gesellschaftspolitisch Sinn und kann dann auch dem  
1489 Klimaschutz dienen.

1490 **15.3. Krieg und Militär sind Klima-Killer Nummer Eins**

1491 Klimawandel und Umweltschutz sind ernste Herausforderungen. Das BSW steht zum Pariser  
1492 Klimaabkommen und für durchdachte Lösungen. Klimakiller Nummer eins ist Krieg. Er  
1493 verursacht nicht nur unermessliches menschliches Leid. Zur Herstellung von Kriegsgerät,  
1494 während des Krieges und auch durch den anschließenden Wiederaufbau werden enorme  
1495 Mengen an Treibhausgasen wie CO2 und Methan freigesetzt. Bestehende CO2-speichernde  
1496 Ökosysteme werden zerstört. Krieg und Aufrüstung binden zudem enorme finanzielle und  
1497 intellektuelle Ressourcen, die für Armutsbekämpfung und den Klimaschutz fehlen. Eine Studie  
1498 der Organisation Oil Change International ergab, dass der 2003 begonnene Irakkrieg 141  
1499 Millionen Tonnen CO2-Äquivalent ausgestoßen hat. In den ersten drei Jahren des Ukraine-  
1500 Krieges wurden schätzungsweise 230 Millionen Tonnen CO2 und im Gaza-Krieg nach nur 60  
1501 Tagen bereits 30 Millionen Tonnen CO2 freigesetzt. Die Emissionen von Streitkräften  
1502 verursachen auf globaler Ebene beträchtliche Schäden. Trotzdem wurde der CO2-Ausstoß des  
1503 Militärs auf Druck der USA im Pariser Klimaschutzabkommen 2015 ausgeklammert. Kein  
1504 Wunder: Das US-Militär ist der weltweit größte institutionelle Verursacher von  
1505 Treibhausgasen. Wer ernsthaft Klimaschutz will, muss sich gegen Krieg als Mittel der Politik  
1506 stark machen und sich für weltweite Abrüstungsinitiativen und eine neue Entspannungspolitik  
1507 einsetzen.

1508 **15.4. Energiewende: Regional und vernünftig**

1509 Das Verbrenner-Verbot und das Heizungsgesetz kosten Bürger tausende Euro – bringen aber  
1510 insgesamt keinen wirklichen Klimaschutz. Wir setzen auf Technologieoffenheit statt  
1511 Verbotsideologie. Stromnetze gehören in die öffentliche Hand, die Netzentgelte müssen gesenkt  
1512 werden und damit eine echte Entlastung für Haushalte und Betriebe schaffen.  
1513 Rheinland-Pfalz braucht sichere Energie und eine seriöse Energiepolitik. Diese basiert vor  
1514 allem auf einem Ausbau der dezentralen Energieversorgung. Energiegenossenschaften  
1515 ermöglichen Bürgerengagement und Haushalte und Mittelständler können auf diese Weise  
1516 gemeinsam in Solaranlagen und Wärmenetze investieren, statt nur Strom zu kaufen. Biogas-  
1517 Anlagen auf landwirtschaftlichen Höfen sichern Zusatzeinkommen und schaffen eine Energie,  
1518 die nicht auf Kosten der Nahrungsmittelerzeugung geht. Photovoltaik auf Dächern, Parkplätzen

1519 und Werkshallen muss vorrangig ausgebaut werden, statt wertvolle Flächen und Ackerböden  
1520 zu versiegeln. Forschungsinvestitionen in neue Speichertechnologien schaffen Perspektiven für  
1521 eine saubere Energie der Zukunft. Windkraft kann Teil eines vielfältigen Energiemixes sein –  
1522 aber nur dort, wo Windpotenzial, Umweltverträglichkeit und regionale Akzeptanz gegeben  
1523 sind. Wir verlangen strenge Standortprüfungen, verbindliche Abstandsregeln, volle  
1524 Kostenwahrheit sowie Rückbaupflichten der Windparkindustrie nach Laufzeitende mit  
1525 finanziellen Sicherheiten. Kommunen und Bürger müssen an der Windkraftplanung stärker als  
1526 bisher beteiligt, Landschaft und Biodiversität konsequent geschützt werden.

1527 **15.5. Zersiedlung stoppen - Natur und Arten schützen durch nachhaltige Forstwirtschaft**

1528 Natürliche Bodenflächen sind buchstäblich die Grundlage für alle Klima-, Natur- und  
1529 Artenschutzmaßnahmen. Viel zu lange wurde damit verschwenderisch umgegangen, als handle  
1530 es sich um einen nachwachsenden Rohstoff. Damit muss Schluss sein und bevor neue Flächen  
1531 versiegelt werden, müssen ungenutzte Siedlungs- und Industrie-brachen zurückgebaut und  
1532 wieder verwendet werden. Das BSW will erreichen, dass sich Rheinland-Pfalz dem Ziel der  
1533 Nettoneuversiegelung von Null wenigstens annähert. Wir wollen ein landwirtschaftliches  
1534 Flächenkataster einführen, um Spekulationen auf Ackerland zu unterbinden und Böden vor  
1535 Baudruckzonen zu bewahren. Die Bodenerosion verschärft sich durch Klimawandel und  
1536 intensive Landnutzung. Wir wollen Erosionsschutzmaßnahmen durch Gehölzstreifen,  
1537 Waldränder und differenzierte Bodenbearbeitung fördern. Der Biotopverbund muss ausgebaut  
1538 werden, damit Wildtiere wieder wandern können. Wir fordern ein echtes  
1539 Wildtiermanagement statt unkontrollierter Wiederansiedlung und einen Schadensausgleich für  
1540 Nutztierhalter oder Landwirte, wenn Wolf und Biber Schäden verursachen. Der Pfälzer Wald  
1541 ist das größte zusammenhängende Waldgebiet Deutschlands und in seinem Bestand stark  
1542 gefährdet. Der Wald leidet unter falscher, kommerzieller Nutzung, Trockenheit, Borkenkäfer  
1543 und Klimawandel. Eine nachhaltige Forstwirtschaft mit klimaresistenten Mischbeständen und  
1544 weniger Monokultur kann dem entgegenwirken und ist eine Generationenaufgabe. Das  
1545 Biosphärenreservat Pfälzerwald – Nordvogesen soll seine streng geschützten Kernzonen  
1546 zumindest im deutschen Teil deutlich erweitern und durch Biokorridore miteinander  
1547 verknüpfen. Private und kommunale Waldbesitzer brauchen weniger Bürokratie und mehr

1548 Förderung – nicht Verbote. Wir unterstützen die Waldrestholz-Nutzung für Biomasse und  
1549 Handwerk – auch, um Forstarbeitsplätze zu sichern. Zugleich schützen wir bedrohte  
1550 Waldbewohner durch gezielte Biotopmaßnahmen. Natürliche Moore und Feuchtgebiete  
1551 binden mehr klimaschädliches CO<sub>2</sub> als jeder tropische Regenwald, doch wurden fast alle  
1552 Moorflächen entwässert und zerstört. Deshalb wollen wir noch vorhandene Feuchtgebiete  
1553 streng schützen und trockengelegte Moore, wo immer es möglich ist, renaturieren. Der  
1554 Grundwasserschutz ist vor dem Hintergrund häufiger, extrem langer Trockenzeiten wichtig. Es  
1555 darf nicht mehr entnommen werden, als sich nachbildet.

1556 **15.6. Reparieren statt wegwerfen und Verbraucherschutz stärken**

1557 Wir wollen eine Kennzeichnungspflicht für die Lebensdauer von Produkten einführen und  
1558 treten dafür ein, die Mehrwertsteuer auf Reparaturen zu senken. Reparieren soll sich wieder  
1559 lohnen. Wichtigstes politisches Ziel ist die Etablierung einer weitgehenden Kreislaufwirtschaft,  
1560 die darauf abzielt, Ressourcen sparsam einzusetzen und Materialien so lange wie möglich  
1561 wiederzuverwenden oder instand zu setzen. Wir wollen die Menschen vor immer  
1562 undurchsichtigeren Verträgen, AGBs und weiteren, kaum noch zu überschauenden Regelungen  
1563 zwischen Unternehmen und Verbrauchern schützen und Verbraucherrechte stärken. Deshalb  
1564 wollen wir die Arbeit der örtlichen Verbraucherzentralen in Rheinland-Pfalz stärken, die für  
1565 Verbraucherinnen und Verbraucher wichtiger denn je ist. Ihre niedrigschwellige Beratung  
1566 wollen wir flächendeckend ausbauen, besonders im ländlichen Raum. Außerdem brauchen wir  
1567 eine Stärkung der Verbraucherbildung. Die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale  
1568 wollen wir auf eine langfristige und stabile Basisheben, dazu bedarf es einer auskömmlichen  
1569 und angemessenen Finanzierung. Auch die Beratung zum Mieterschutz und die  
1570 Schuldnerberatung wollen wir weiter fördern.

1571 .